

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

USBEKISTAN: EWIGER PRÄSIDENT? TADSCHIKISTAN: RELIGION UND ARBEITSMIGRANTEN

■ ANALYSE

Islam Karimow – Der ewige Präsident?
Perspektiven eines Führungswechsels in Usbekistan 2
Von Alisher Ilkhamov, London

■ KARTE

Usbekistan – administrative Übersicht 6

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Autoritäre Regime in Zentralasien 7
Bestimmungen für den Fall der Amtsunfähigkeit des Präsidenten Usbekistans 12

■ INTERVIEW

Staat und Religion im Wandel
Interview mit dem Vorsitzenden der Partei der Islamischen Wiedergeburt
Tadschikistans, Muchiddin Kabiri über die Lehren des tadschikischen Bürgerkriegs,
neue Protestformen und die Radikalisierung von Arbeitsmigranten 13

■ CHRONIK

Vom 18. Dezember 2010 bis zum 21. Januar 2011 17



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Islam Karimow – Der ewige Präsident?

Perspektiven eines Führungswechsels in Usbekistan

Von Alisher Ilkhamov, London

Zusammenfassung

Der usbekische Präsident Islam Karimow hat in einer vielbeachteten Rede im November 2010 mehrere Verfassungsänderungen vorgeschlagen, die u. a. auch Regelungen seiner Nachfolge im Falle der Amtsunfähigkeit betreffen. Unser Autor nimmt dies zum Anlass für kritische Überlegungen zu (über)langen Regierungszeiten und den widersprüchlichen Interessen des usbekischen, wie auch anderer zentralasiatischer Präsidenten, sich einerseits möglichst lange selber die Herrschaft zu sichern, andererseits im eigenen Interesse einen geordneten Personalwechsel für den Fall der Amtsunfähigkeit vorzubereiten. In Usbekistan sieht er im derzeitigen Vorsitzenden des Senats, Ilgisar Sobirow, den durch die vorgeschlagenen Veränderungen für die Nachfolge bevorzugten Kandidaten.

Der usbekische Präsident Islam Karimow ist neben seinem kasachstanischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew bezüglich der Dauer seiner Amtszeit an der Spitze des Staates Rekordhalter im postsowjetischen Raum. Seine Herrschaft gehört zu dem Typ von Regimen, deren zeitliche Begrenzung nicht wie in demokratischen Staaten üblich, durch den Mechanismus des periodischen Regierungswechsels, sondern durch die gesundheitlichen Beschränkungen bestimmt wird, die wie jedem Menschen auch Diktatoren auferlegt sind. Trotz der uneingeschränkten Macht, der sich die autoritären Führer der zentralasiatischen Republiken bedienen, haben die dortigen Regime eine Achillesferse: In der Regel enden sie wenig rühmlich, entweder in Form einer schmachvollen Vertreibung aus dem Amt und aus dem Land, durch Tod unter rätselhaften Umständen oder aber durch Entmystifizierung des Personenkults nach dem Tod des Diktators.

Bereits in der Sowjetzeit widerstand kein neuer Führer der Verführung, sich des Kultes um seinen Vorgänger zu entledigen, sich von seiner unpopulären oder besonders grausamen Führung zu distanzieren, und zwar einzig und allein aus populistischen Erwägungen. So verhielt sich Chruschtschow gegenüber Stalin und danach Breschnjew gegenüber Chruschtschow und so weiter. In der postsowjetischen Zeit setzte sich diese Tradition fort. So wurden die kirgisischen Präsidenten Askar Akajew und Kurmanbek Bakijew nach ihrem Sturz in ihrer Heimat zu *personae non gratae* erklärt und Gerichtsverfahren gegen ihre Verwandten eingeleitet. Auch im Falle Usbekistans hat sich Rafik Nischanow, der ehemalige Chef der KP der Usbekischen SSR und Vorgänger Karimows auf dem Posten des 1. Sekretärs, nicht ohne Grund in Moskau, möglichst weit von seiner Heimat, niedergelassen. In Turkmenistan wurde Saparmurat Nijasow (»Turkmenbaschi«) zum Präsidenten auf Lebenszeit erklärt und fünf Mal mit dem höchsten staat-

lichen Ehrentitel »Held Turkmenistans« ausgezeichnet. Doch seine Beisetzung fand – ohne übermäßige Ehrerbietungen – in seinem Heimatdorf statt, und nicht in der Hauptstadt, wie es wohl der Führer der turkmenischen Nation selbst verlangt hätte. Zudem wurde schon kurz nach dem Tod Nijasows damit begonnen, die zu seinen Ehren errichteten Denkmäler zu demontieren sowie sämtliche mit seinem Personenkult assoziierte Symbole zu entfernen. Ziel war aber nicht die Liberalisierung des Regimes, sondern man wollte Raum für einen neuen Personenkult schaffen.

Was erwartet im Lichte dieser Tendenz die beiden Präsidenten Nasarbajew und Karimow? Werden sie dem Schicksal eines schmachvollen und unehrenhaften Endes entgehen können? Eher nicht. Angesichts absoluter Intransparenz und des Fehlens irgendwelcher tragfähigen institutionellen Mechanismen für den Führungswechsel werden auch diese beiden Staatshäupter kaum eine Ausnahme bilden. Selbstverständlich bemühen sich die beiden durch ihre Allmacht und nicht endende Lobeshymnen ihrer Hofschranzen trunken Gemachten Vorkehrungen zu treffen, um dem Ungemach anderer Diktatoren zu entgehen. Doch vergebens. Nursultan Nasarbajew hat sich dem turkmenischen Beispiel folgend und ohne daraus eine Lehre zu ziehen mit den Stimmen seines »Westentaschenparlaments« zum »Führer der Nation« (*Jel basy*) ernennen lassen. Um in den Augen der Weltöffentlichkeit nicht ganz anrücklich dazustehen, legt er sein Veto ein gegen die Entscheidung des Parlamentes über die Abhaltung eines Referendums, das die Änderung der Verfassung und die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten bis 2020 sanktionieren soll. Aber mit den Stimmen genau der gleichen Westentaschen-Abgeordneten des Parlamentes initiiert er mit der qualifizierten Mehrheit beider Kammern des Parlamentes die Überwindung dieses Vetos. Auf diese Weise wird eine Theateraufführung

entgegengesetzter Positionen von Präsident und Parlament dargeboten. Oder wie anders als absurdes Theater kann man es bezeichnen, dass die Abgeordneten nach einer Verewigung und nicht nach der Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten streben, der Präsident selbst dem aber nicht zustimmt. Diese Farce erinnert stark an die Amtszeit Leonid Breschnjews und seine unzähligen Selbstausszeichnungen. Solche Schritte sind natürlich naiv und zeugen lediglich von der fehlenden Fähigkeit der alternden Diktatoren, ihre Situation und ihr politisches Schicksal adäquat einzuordnen.

Regimewechsel in Zentralasien sind häufig schwer vorhersehbar. Sie unterliegen nicht nur keinen demokratischen, sondern überhaupt keinen Regeln und Normen. Einige Staatsechefs in der Region versuchen dennoch irgendwelche institutionellen Mechanismen einzuführen, die den Wechsel ihrer Präsidentschaft reglementieren. Möglicherweise gehört zu ihnen auch Islam Karimow. Mit seinen 73 Jahren (geb. 30. Januar 1938) ist er schon seit längerem einem verstärkten Alterungsprozess ausgesetzt. Damit einher kann auch eine spürbare Beeinträchtigung der Fähigkeit gehen, die laufenden staatlichen Funktionen auszuüben. Entsprechend wächst der Wunsch, einen Teil der Führungsmacht an eine Person aus seiner Umgebung zu übertragen. Es fragt sich nur, an wen und unter welchen Bedingungen Karimow bereit ist, einen Teil oder sämtliche seiner Vollmachten zu delegieren und welchem Risiko er sich dabei selbst aussetzt. Im Lichte dieser absolut natürlichen Lebensumstände scheinen die letzten Schritte und Entscheidungen Karimows hinsichtlich der Staatsführung zu bewerten sein. Insbesondere trifft dies auf die Rede Karimows bei der gemeinsamen Sitzung der Gesetzgebenden Versammlung und des Senats der Olij Maschlis (Parlament) der Republik Usbekistan am 12. November 2010 zu. Neben vielen Äußerungen rein deklarativen Charakters, wie sie für seine Ansprachen typisch sind, erregten einige Initiativen zur Änderung der Verfassung Aufmerksamkeit. Dies waren Vorschläge erstens zur Änderung der Prozedur zur Übertragung der Funktion(en) des Präsidenten im Falle der Regierungsunfähigkeit des amtierenden Staatsechfs, also im Falle seines Todes oder des Verlustes seiner Handlungsfähigkeit sowie zweitens zur Neuordnung des Verfahrens der Ernennung des Premierministers. Ich gehe nur auf die erste Initiative detaillierter ein.

Es lohnt sich in die geltende Verfassung zu schauen, vor allem in jene Abschnitte, die den Mechanismus der Machtübergabe reglementieren, wenn man den Sinn der von Karimow vorgeschlagenen Änderungen verstehen will. Artikel 96 zufolge soll, falls der Präsident seine Pflichten aufgrund seines Gesundheitszustands, der durch eine staatliche, auf Entscheidung beider Kammern des Parlaments gebildeten Ärztekommision bestä-

tigt wurde, nicht (mehr) erfüllen kann, innerhalb von zehn Tagen durch einen Übergangspräsidenten ersetzt werden, der auf einer außerordentlichen Sitzung beider Parlamentskammern gewählt wird. Dieser Interimspräsident wird aus den Abgeordneten und Senatoren für maximal drei Monate gewählt. In diesem Zeitraum sollen allgemeine Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden.

Dieser Abschnitt der Verfassung lässt die Frage, wer konkret das Präsidentenamt in den ersten drei Monaten nach seinem Ableben oder im Falle einer schweren Krankheit übernehmen wird, relativ offen und unvorhersehbar. Zieht man jedoch den »Westentaschencharakter« der Olij Maschlis in Betracht, kann man sicher sein, dass derjenige, der die Zügel der Macht in der Übergangsperiode in die Hand nimmt sehr wahrscheinlich entweder selbst zum Präsidenten »gewählt« werden wird oder bestimmt wird, wer gewählt werden soll. Beachtet man zudem die praktisch vollständige Abhängigkeit des Parlaments von der Exekutive, fällt es nicht schwer vorherzusagen, wen die Abgeordneten und Senatoren wählen werden. Ihnen wird von der Exekutive vorgeschlagen, für wen sie stimmen sollen. Und wen die Exekutive vorschlägt, hängt vom realen politischen Gewicht des Kandidaten ab, also davon, wer die meisten Trümpfe im Ärmel hat. Zu diesen Trümpfen zählen die Loyalität der Sicherheitsstrukturen, vor allem der Spezialeinheiten und die Kontrolle über Finanzressourcen und soziales Kapital, also die Unterstützung von einflussreichen Klanstrukturen. Auf diese Weise bleibt de jure die Frage, wer sich die oberste Macht im Staate sichert, durch die Verfassung unberührt, de facto ist sie aber für diejenigen, die mit der aktuellen Aufstellung der Exekutive vertraut sind, prognostizierbar.

Die neuen Vorschläge Karimows tragen zu einer stärkeren Festlegung in dem vorliegenden Punkt der Verfassung bei. Seiner Initiative zufolge rückt im Falle, dass der Präsident seine Vollmachten nicht mehr ausüben kann, der Vorsitzende des Senats auf den dreimonatigen Posten des Interimspräsidenten bis zu den Neuwahlen nach.

Es ist selbstverständlich, dass diese Verfassungsänderung das Interesse auf die Figur des jetzigen Vorsitzenden des Senats lenkt. Seit 2006 ist dies Ilgisar Sobirow. Über ihn lassen sich nur sehr spärliche Informationen in offen verfügbaren Quellen finden. Es war mir nicht einmal möglich, sein Geburtsdatum zu ermitteln. Bekannt ist lediglich, dass Sobirow aus dem Gebiet Choresm stammt, einer Region, die im Vergleich zu Taschkent, Ferghana, Samarkand und Buchara in zentralen Verwaltungsorganen traditionell wenig vertreten ist.

Nach vorliegenden offiziellen Angaben wurde Sobirow im Jahr 1999 im 209. Wahlkreis (Koschkupyrskij Bezirk, Gebiet Choresm) in die Olij Maschlis gewählt.

Die Spärlichkeit der Informationen über eine Person, die sich zusammen mit dem Premierminister und dem Vorsitzenden der unteren Kammer des Parlamentes in der formalen Machthierarchie irgendwo auf den Plätzen zwei bis vier befindet, könnte möglicherweise auf eine frühere Tätigkeit in den Sicherheitsorganen hindeuten. Diese Vermutung wird indirekt dadurch bestätigt, dass Sobirow von 1999 bis 2004 stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Verteidigung und Sicherheit der Olij Maschlis war und ab 2005 das entsprechende Komitee im Senat leitete, bevor er 2006 zum Senatsvorsitzenden gewählt wurde. Um meine Version der Dinge zu überprüfen, nahm ich Kontakt zu einer Gewährsperson in Choresm auf, deren Name ich aus Sicherheitsgründen nicht nennen kann. Diese bestätigte die Vermutung, dass Sobirow tatsächlich zuvor in den Organen des Rats für Nationale Sicherheit tätig gewesen ist. Die Quelle behauptet zudem, dass Sobirow in der nahen Vergangenheit recht angespannte Beziehungen zum derzeitigen Premierminister Schawkat Mirsijajew hatte. Möglicherweise bedient sich der Präsident also Sobirows, um ein Gegengewicht zum Premierminister zu schaffen, dessen schnell wachsender Einfluss ihm Unbehagen bereitet. Die einzige weitere Nachricht zur Person des wahrscheinlichsten Anwärters auf den Präsidentenposten, die Meldung vom Tod seines Sohnes bei einem Autounfall im September 2010, deutet darauf hin, dass die Familie ziemlich wohlhabend sein muss, denn der 25jährige fuhr einen luxuriösen und in der usbekischen Provinz seltenen Geländewagen. Doch ist dies nichts Außergewöhnliches: Macht und Reichtum sind in Usbekistan eng verknüpft.

Nun zur Beziehung des Präsidenten zu Sobirow. Schon die Tatsache, dass Sobirow im Januar 2010 erneut zum Chef des Senats gewählt wurde, deutet auf seine besondere Begünstigung von Seiten Karimows hin. Die Quelle in Choresm teilte zudem mit, dass auch die Schwester von Karimows Ehefrau Sobirow protegiert. Doch letztlich könnte nur der Präsident selbst die Frage beantworten, inwieweit er Sobirow als seinen Nachfolger sieht.

Eine weitere Frage lässt sich dagegen eher beantworten, nämlich, inwieweit die konkrete Prozedur der Machtübergabe an den Senatsvorsitzenden dem formalen Nachfolger die Erhaltung der Macht allein schon während der dreimonatigen Übergangsperiode garantiert. Im benachbarten Turkmenistan wurde der verfassungsmäßige Nachfolger auf dem Posten des Interimspräsidenten nach dem Tode Saparmurat Nijasows, der Vorsitzende der Medschlis (Parlament) Owsageldi Atajew, inhaftiert. Im Widerspruch zur geltenden Verfassung übernahm dort ein Mitglied des Ministerkabinetts, Gurbanguly Berdymuchammedow, die Macht im Staate.

Man kann leicht vorhersagen, dass nach dem Tode Karimows die Macht unter die direkte Kontrolle eines starken Akteurs aus der Exekutive fallen dürfte, egal, ob es sich dabei um jemanden aus der Präsidialadministration, aus den Sicherheitsstrukturen oder dem Ministerkabinett handelt. Dies geschähe in dem Fall, wenn Sobirow keine realen Einflusshebel blieben und wenn er nicht zuvor die Unterstützung von einflussreichen Personen in der Regierung und den Sicherheitsbehörden gewonnen hätte. Vor kurzem kursierten Gerüchte, dass sich beim Senat eine eigene Sicherheitsstruktur, ähnlich dem Sicherheitsdienst des Präsidenten, formiere. Wie allgemein bekannt, hat Karimow eine mächtige Struktur geschaffen, die Leibwache des Präsidenten, die zwar formal dem Geheimdienst unterstellt ist, jedoch de facto autonomen Charakter besitzt und einzig und allein dem Präsidenten unterstellt ist. Ähnliche Präsidentengarden existieren auch in anderen postsowjetischen autoritären Regimen, zum Beispiel in Russland und Kasachstan. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die mächtige Leibwache des Präsidenten unter bestimmten Umständen unter die Kontrolle des Senats fällt. Auf diesen Gedanken bringt einen die Tatsache, dass das Gesetz über die grundlegenden Garantien der Tätigkeit des Präsidenten der Republik Usbekistan, das im Jahr 2003 angenommen wurde, dem Präsidenten einen Senatorenposten auf Lebenszeit zusichert. Im Fall, dass der bereits physisch amtsunfähige Präsident gezwungen wäre, seinen Präsidenten- gegen einen Senatorensessel einzutauschen, könnte eine Sicherheitsstruktur, der sich andere Akteure unterordnen müssen, tatsächlich zur möglichen Garantie seiner Unantastbarkeit und seines Einflusses werden. Zum Schutz der Interessen des Ex-Präsidenten kann zudem der Vorsitzende des Senats beitragen, dessen Position als verfassungsmäßiger Nachfolger des Staatsoberhauptes aufgewertet wird.

Ein anderer Grund dafür, dass Karimow Sobirow den Schutz seiner Interessen und seiner Unantastbarkeit anvertraut, könnte die regionale Herkunft des Senatsvorsitzenden sein. Die Tatsache, dass Sobirows Heimatregion Choresm, wie bereits erwähnt, traditionell schwach in den oberen Führungsetagen vertreten ist, wird zu seiner starken Seite. Seine schwachen Bindungen zu den mächtigen Klanstrukturen Taschkents, Samarkands, Bucharas und des Ferghanatals bedeuten, dass er selbst an einem Bund mit Karimow als Überlebensgarantie unter Bedingungen der Vorherrschaft der genannten regionalen Klans interessiert ist.

Hier lohnt es darauf hinzuweisen, dass Karimow seit dem Beginn seiner Präsidentenlaufbahn sorgfältig und recht geschickt ein System der Gewichte und Gegengewichte innerhalb der Exekutive geschaffen hat, um verschiedene konkurrierende korporative und regio-

nale Gruppen gegeneinander auszuspielen und selbst als oberster Schiedsrichter aufzutreten.

Wenn wir uns diesen Kampf zwischen Klans als ein Weckglas voller Spinnen vorstellen, so erhalten wir ein Modell der tatsächlichen Macht im Staat. Karimow als Herr dieser Konserve, Schiedsrichter und Dresseur in einem, sorgt ständig dafür, dass das Glas immer wieder geleert und mit neuen Spinnen gefüllt wird. Die Kombination der Funktion des Schiedsrichters und Dresseurs sorgt nach wie vor für die Stabilität von Karimows Stellung als oberstem Herrscher. Er wird immer von der einen oder anderen Gruppierung als derjenige benötigt, der sich als Einflusshebel gegen andere Klans anbietet.

Diese permanente Rivalität zwischen verschiedenen Klans, auf der das Regime Karimows gründet, funktioniert nach ungeschriebenen Regeln und verläuft für die Gesellschaft absolut intransparent. Das Fehlen effektiver rechtlicher Normen und Transparenz erwies sich für Karimow unter normalen Bedingungen seiner Herrschaft, als er noch im vollen Besitz seiner Lebens-

kraft war, als wirkungsvoll. Doch an seinem Lebensabend sorgt gerade diese Regellosigkeit und Intransparenz für Risiken in Bezug auf seine Interessen und Sicherheit, denn sie kann sich gegen ihn wenden. Eben diese Risiken veranlassen Karimow etwas zu schaffen, das rechtlichen Mechanismen wenigstens ähnlich ist. Doch sind seine Interessen insofern widersprüchlich, als sie einerseits sein Bestreben verdeutlichen, den status quo zu erhalten, andererseits aber etwas im bestehenden Regierungssystem zu reformieren. Daher tragen alle seine Schritte und Initiativen zur Verfassungsänderung halbherzige Züge, weil das Parlament eine schwache politische Institution und faktisch ein Anhängsel der Exekutive bleibt. Deshalb ist von den letzten Initiativen Karimows tatsächlicher Schwung für die politische Entwicklung des Landes kaum zu erwarten. Er bleibt dazu verdammt, weiterhin seine brennenden Probleme bei der Erhaltung und Übergabe der Macht auf dem Feld der Rivalität von Klans auszutragen.

Aus dem Russischen von Henryk Alff

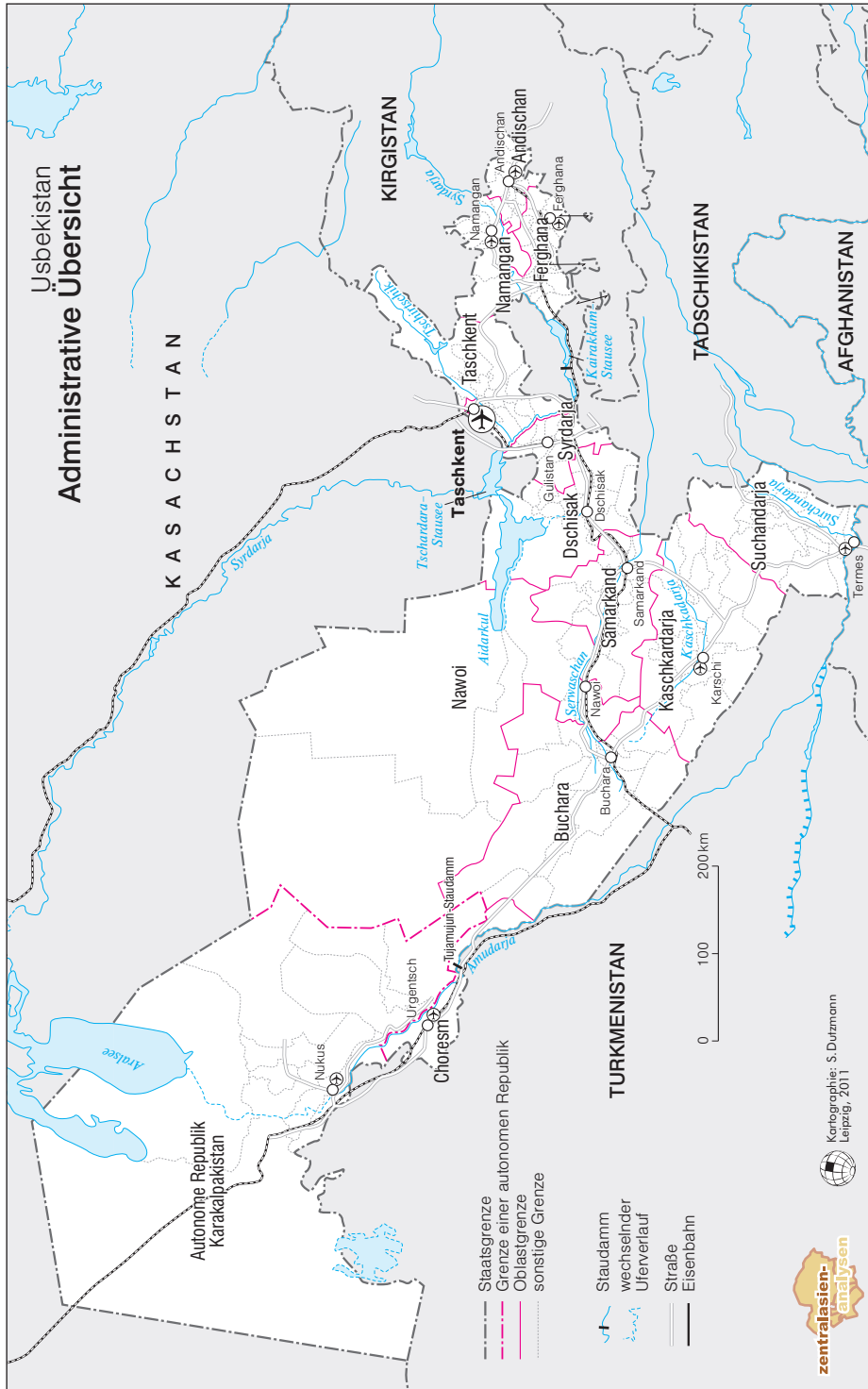
Über den Autor:

Alisher Ilkhamov, PhD, ist gegenwärtig Research Associate am Centre of Contemporary Central Asia and Caucasus, School of Oriental and African Studies (SOAS), London. Nach Studium und Promotion an der Staatlichen Universität von Taschkent war er u. a. Executive Director der Vertretung des Open Society Institute (OSI) in Usbekistan, bis die usbekischen Behörden 2004 der Stiftung die Arbeit nicht mehr erlaubten. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Nationalismus und politisches System insbesondere in Usbekistan.

Lesetipps:

- Bruce Pannier, What's On The Uzbek President's Mind?, RadioFreeEurope/Radio Liberty, November 17, 2010, = http://www.rferl.org/content/Karimov_Calls_For_Constitutional_Changes/2222588.html
- Joanna Lillis, Kazakhstan: Nazarbayev Set to Become 'President-for -Life?', EurasiaNet, January 14, 2011, = <http://www.eurasianet.org/node/62715>
- Dovlet Hojamedov, Will History Repeat Itself in Turkmenistan?, RadioFreeEurope/Radio Liberty, November 10, 2010, = http://www.rferl.org/content/Will_History_Repeat_Itself_In_Turkmenistan/2215954.html

KARTE



Autoritäre Regime in Zentralasien

Tabelle 1: Autoritäre Regime in Zentralasien

	Regierungszeit	Amtszeit in Jahren	Geburtsjahr
Islam Karimow, Usbekistan	1989 (Wahl zum 1. Sekretär der KPUzSSR) bis heute	21	1938
Nursultan Nasarbajew, Kasachstan	1989 (Wahl zum 1. Sekretär der KPKazSSR) bis heute	21	1940
Saparmurat Nijasow, Turkmenistan	1985 (Wahl zum 1. Sekretär der KPTmSSR) bis 2006	21	1940 (gest. 2006)
Emomali Rachmon, Tadschikistan	1993 bis heute	17	1952
Askar Akajew, Kirgistan	1990 bis 2005	15	1944
Kurmanbek Bakijew, Kirgistan	2005 bis 2010	5	1949
Rachmon Nabijew, Tadschikistan	1991–1992	1	1930 (gest. 1993)
Rosa Otunbajewa, Kirgistan	2010 bis heute	1	1950

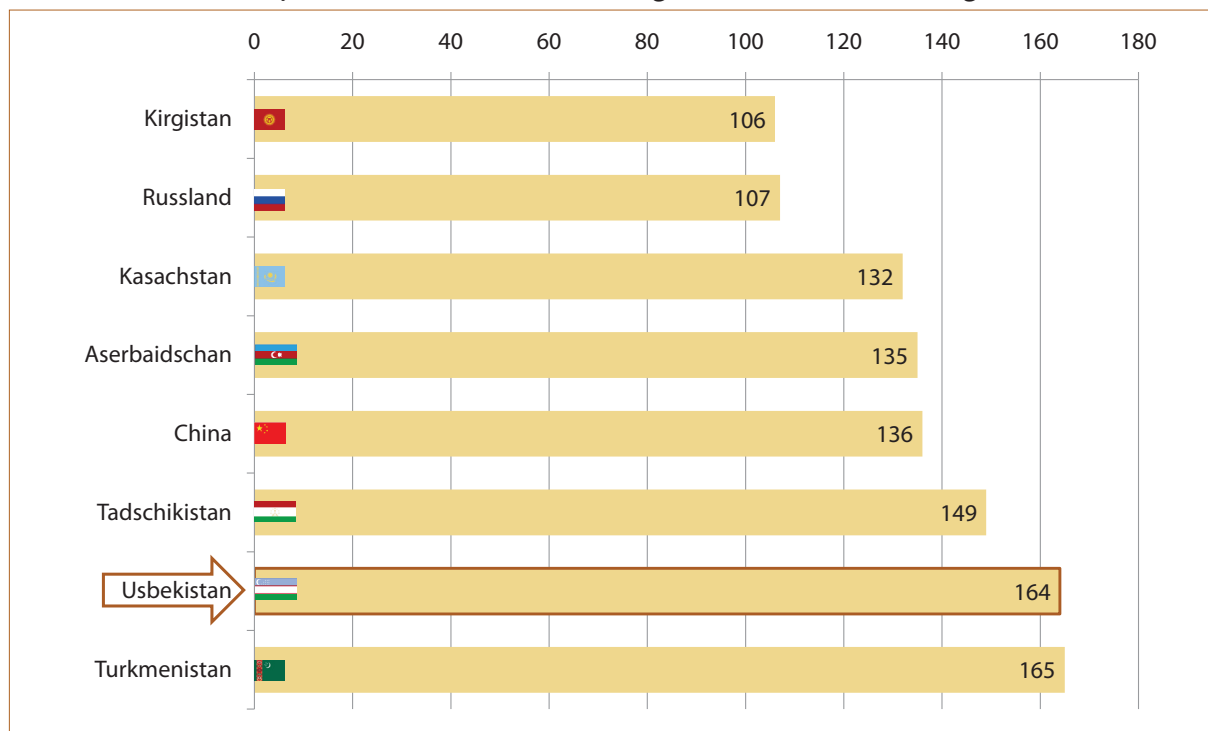
Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle 2: Democracy Index des Economist Intelligence Unit (2010)

	Rang	Bewertung Insgesamt (Höchste = 10, Niedrigste = 0)	I Wahl- prozess und Pluralismus	II Funktion der Regierung	III Politische Partizipa- tion	IV Politische Kultur	V Politische Freiheiten (Civil Liberties)
Kirgistan	106	4,31	5,75	1,14	5,00	4,38	5,29
Russland	107	4,26	5,25	3,21	5,00	3,13	4,71
Kasachstan	132	3,3	1,33	2,14	3,33	4,38	5,29
Aserbaidshan	135	3,15	2,17	1,79	3,33	3,75	4,71
China	136	3,15	0	5,00	3,89	5,63	1,18
Tadschikistan	149	2,51	1,83	0,79	2,22	6,25	1,47
Usbekistan	164	1,74	0,08	0,79	2,22	5,00	0,59
Turkmenistan	165	1,72	0	0,79	2,22	5,00	0,59

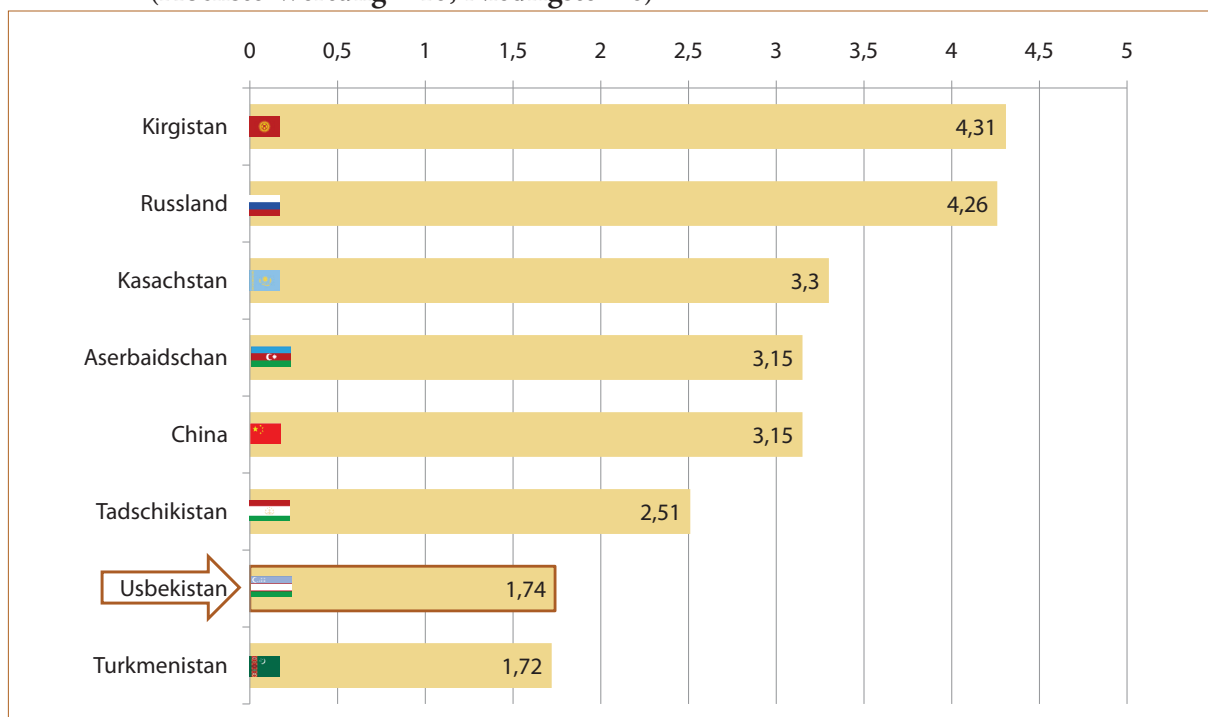
Quelle: Economist Intelligence Unit; http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf

Grafik 1: Democracy Index des Economist Intelligence Unit (2010) – Rang



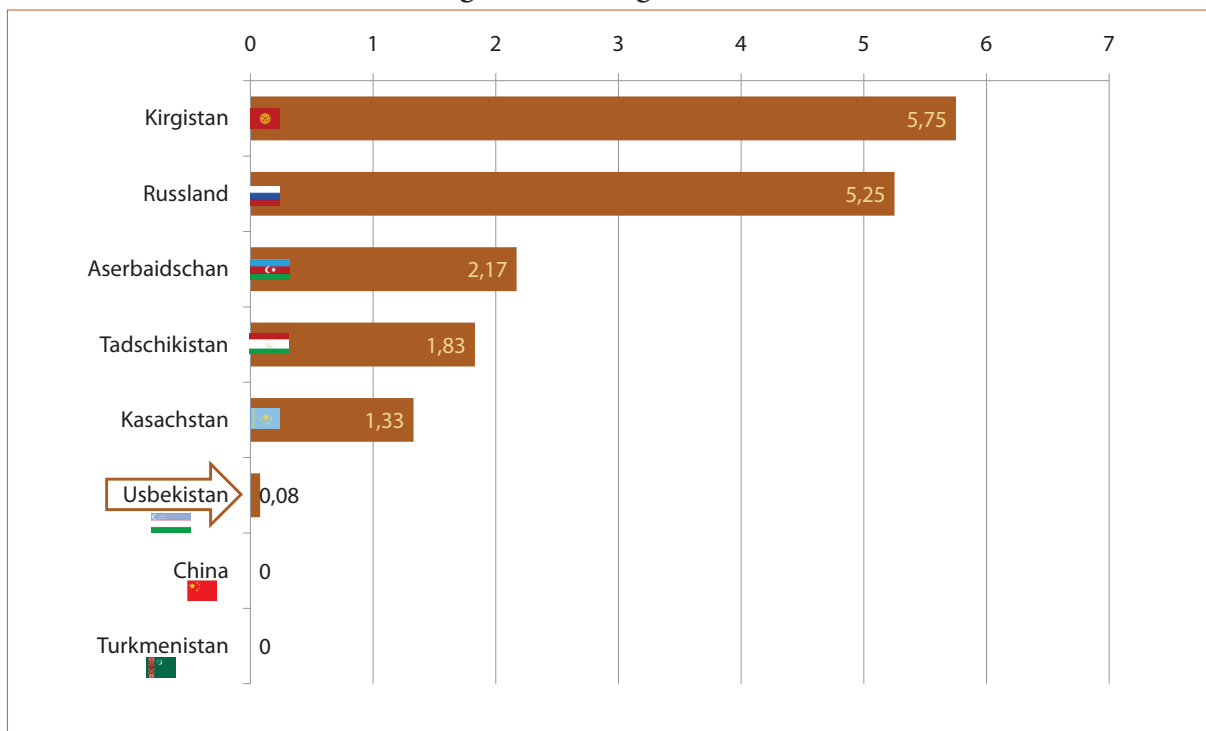
Quelle: Economist Intelligence Unit; http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf

Grafik 2: Democracy Index des Economist Intelligence Unit (2010) – Bewertung insgesamt (Höchste Wertung = 10, Niedrigste = 0)



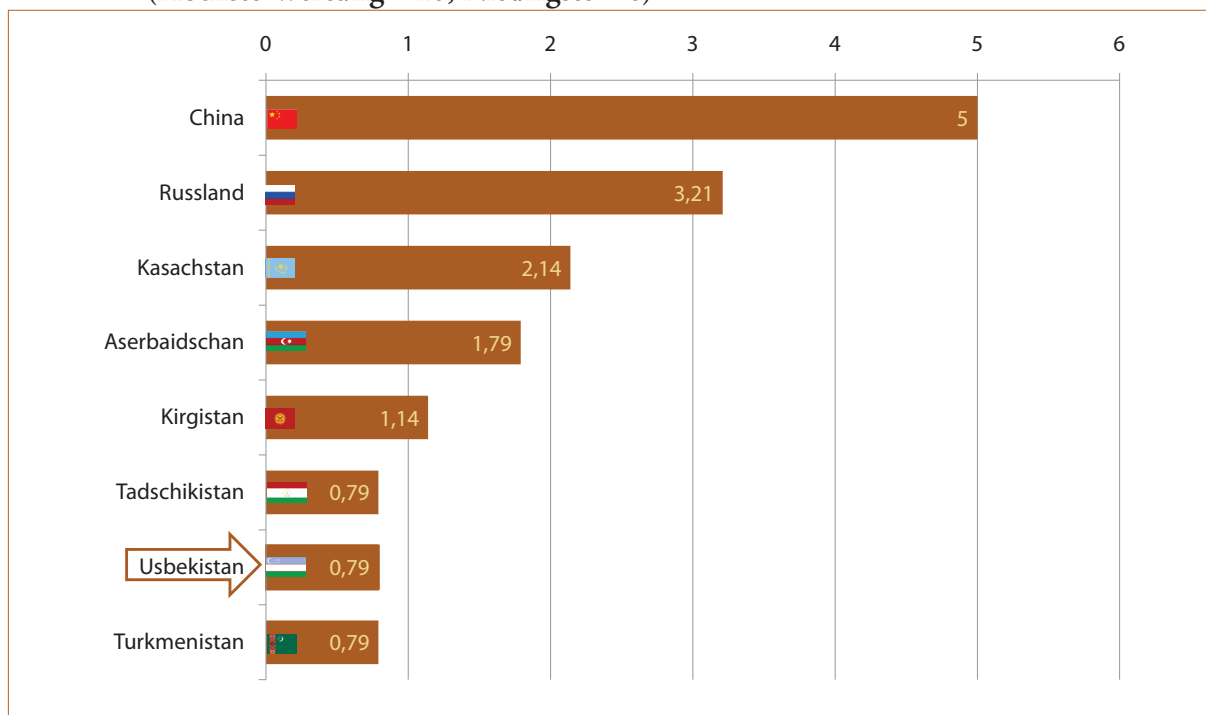
Quelle: Economist Intelligence Unit; http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf

Grafik 3: Democracy Index des Economist Intelligence Unit (2010) – Wahlprozess und Pluralismus (Höchste Wertung = 10, Niedrigste = 0)



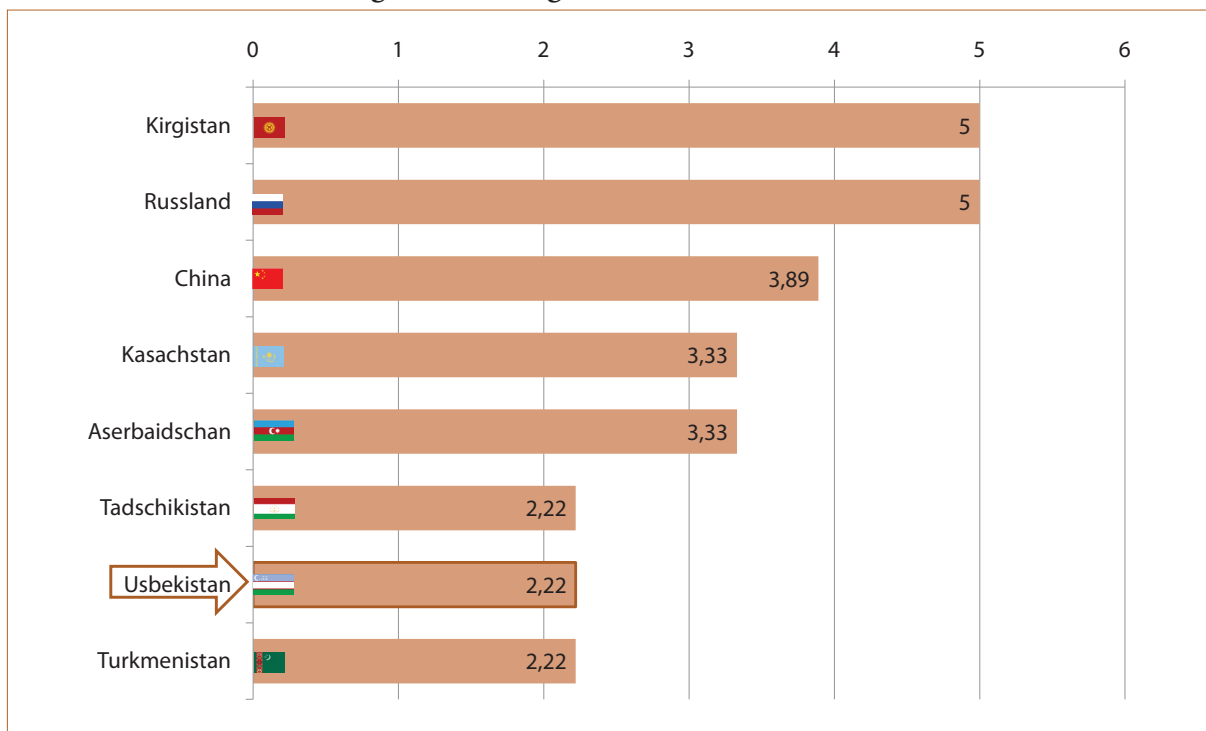
Quelle: Economist Intelligence Unit; http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf

Grafik 4: Democracy Index des Economist Intelligence Unit (2010) – Funktion der Regierung (Höchste Wertung = 10, Niedrigste = 0)



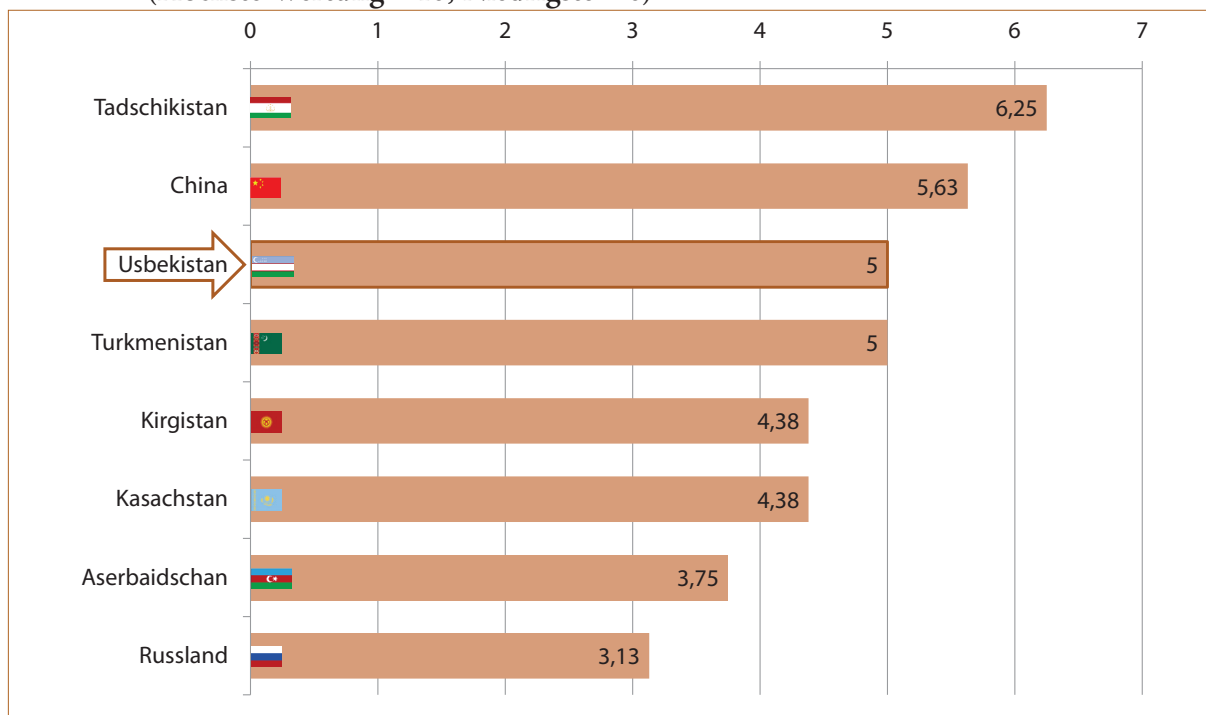
Quelle: Economist Intelligence Unit; http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf

Grafik 5: Democracy Index des Economist Intelligence Unit (2010) – Politische Partizipation
(Höchste Wertung = 10, Niedrigste = 0)



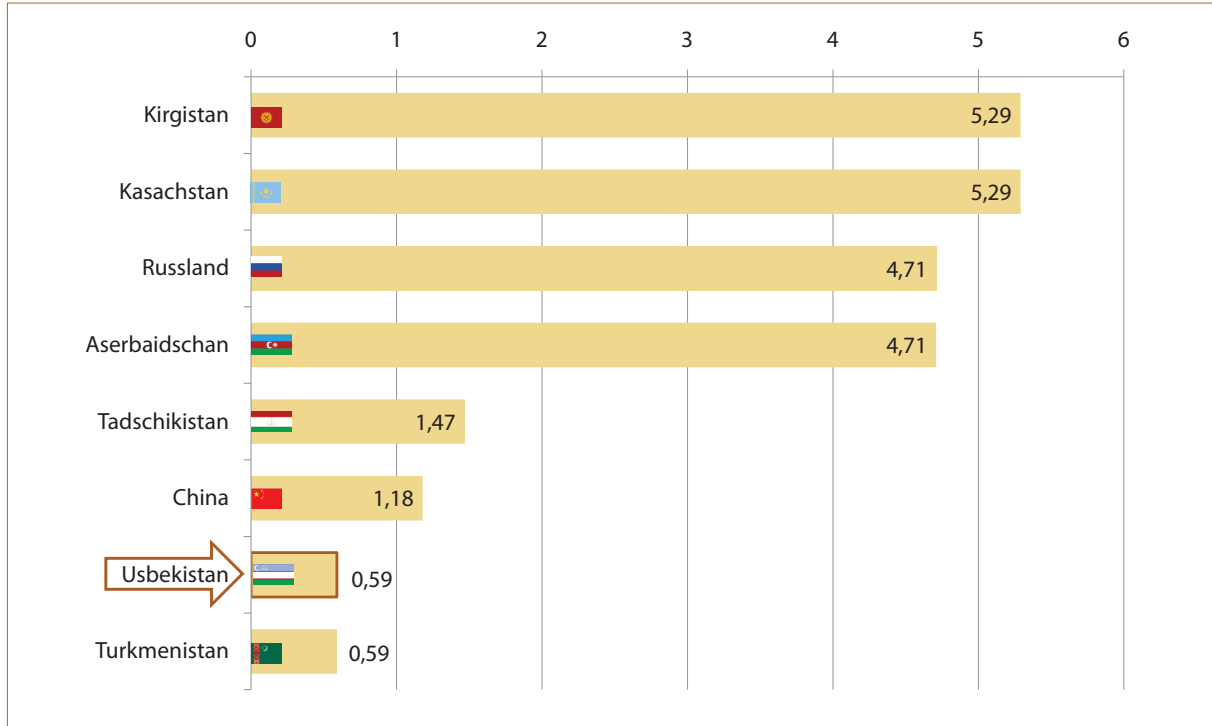
Quelle: Economist Intelligence Unit; http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf

Grafik 6: Democracy Index des Economist Intelligence Unit (2010) – Politische Kultur
(Höchste Wertung = 10, Niedrigste = 0)



Quelle: Economist Intelligence Unit; http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf

Grafik 7: Democracy Index des Economist Intelligence Unit (2010) – Politische Freiheiten (Civil Liberties) (Höchste Wertung = 10, Niedrigste = 0)



Quelle: Economist Intelligence Unit; http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf

Bestimmungen für den Fall der Amtsunfähigkeit des Präsidenten Usbekistans

1. Die geltenden Regelungen in der Verfassung der Republik Usbekistan

[...]

Fünfter Abschnitt. Die Organisation der staatlichen Macht.

[...]

Kapitel XIX. Der Präsident der Republik Usbekistan.

[...]

Artikel 96

Wenn der Präsident der Republik Usbekistan aufgrund seines Gesundheitszustandes, der durch eine staatliche, auf Beschluss beider Kammern des Parlaments gebildeten medizinischen Kommission bestätigt wurde, seine Pflichten nicht wahrnehmen kann, wird innerhalb einer Frist von zehn Tagen bei einer außerordentlichen gemeinsamen Sitzung der Kammern des Parlaments aus der Zahl der Abgeordneten und Senatoren für eine Dauer von bis zu drei Monaten ein Übergangspräsident der Republik Usbekistan gewählt. In diesem Fall müssen innerhalb einer dreimonatigen Frist allgemeine Wahlen zum Präsidenten der Republik Usbekistan durchgeführt werden.

Artikel 97.

Der Präsident, der von seinem Amt gemäß des Auslaufens seiner Vollmachten zurücktritt, nimmt auf Lebenszeit den Posten Mitglied des Senats ein.

[...]

(Aus den Mitteilungen des Obersten Sowjet der Republik Usbekistan, 1994, Nr. 1, Seite 5.; Mitteilungen der Olij Maschlis der Republik Usbekistan, 2003, Nr. 3–4, Seite 27; Gesetzgebende Versammlung der Republik Usbekistan, 2007, Nr. 15, Seite 152, Nr. 52, Seite 510)

Quelle: http://www.lex.uz/guest/irs_html.winlav?pid=35869

Inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen von Henryk Alff

2. Vorschlag des Präsidenten in seiner Rede auf der gemeinsamen Sitzung der Gesetzgebenden Versammlung und des Senats der Olij Maschlis der Republik Usbekistan am 12. November 2010 (Konzept für die weitere Vertiefung der demokratischen Reformen und die Schaffung einer Zivilgesellschaft)

[...]

Wenn der amtierende Staatspräsident seine Pflichten nicht ausführen kann, gehen seine Pflichten und Vollmachten übergangsweise auf den Vorsitzenden des Senats der Olij Maschlis der Republik Usbekistan über, verbunden mit der Durchführung von Präsidentschaftswahlen binnen einer Frist von drei Monaten in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz »Über Wahlen zum Präsidenten der Republik Usbekistan.

[...]

Quelle: www.president.uz/#ru/news/show/dokladi/koncepciya_dalneyeshego_uglubleniya_demo/

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Staat und Religion im Wandel

Interview mit dem Vorsitzenden der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans, Muchiddin Kabiri¹ über die Lehren des tadschikischen Bürgerkriegs, neue Protestformen und die Radikalisierung von Arbeitsmigranten

Muchiddin Kabiri ist Vorsitzender der Partei der Islamischen Wiedergeburt – der einzigen legalen islamisch-religiösen Partei Zentralasiens. 1965 geboren, hat er zunächst Landwirtschaftsökonomie studiert und später Orientalistik. In dieser Zeit knüpfte er Kontakte zu den Führern der islamischen Bewegung in Tadschikistan. Während eines Studienaufenthalts in Jemen Anfang der 1990er Jahre begann er sich eingehend mit dem Islam auseinanderzusetzen. Während des Bürgerkriegs in Tadschikistan (1992–1997) studierte er an der russischen Diplomatischen Akademie in Moskau. 1997 kehrte er auf Einladung von Said Abdullo Nuri – des damaligen Vorsitzenden der Partei der Islamischen Wiedergeburt – nach Tadschikistan zurück und ist seitdem in der tadschikischen Politik aktiv. Seit dem Tod von Nuri im Jahr 2006 ist er der prominenteste tadschikische Oppositionspolitiker.²

Als erstes würde ich gerne auf den vergangenen »heißen Herbst« in Tadschikistan eingehen. Das Land wurde von einer Reihe besorgniserregender Ereignisse erschüttert – da gab es die Flucht mehrerer Dutzend Islamisten aus dem Gefängnis in Duschanbe, bewaffnete Auseinandersetzungen im Gharm-Tal, die zahlreiche Opfer nach sich zogen, den Selbstmordanschlag in Chudschand. Stellen diese Ereignisse eine tatsächliche Bedrohung für die Stabilität Tadschikistans dar?

Natürlich. Wenn man sagen würde, dass diese Ereignisse keine Bedrohung der Stabilität darstellen, hieße das, die Augen vor den existierenden Problemen zu verschließen. Die Stabilität bleibt auch weiterhin bedroht, obwohl die Regierung von Tadschikistan und die Bevölkerung alles daran setzen, das Ausmaß der Bedrohung zu verringern. Aber die Bedrohung bleibt bestehen und viele Faktoren begünstigen sie – innere wie auch äußere. Zu den äußeren Faktoren zählt die Situation in Afghanistan, die immer unverständlicher wird und sich jeder Prognose entzieht. Auch sonst gibt es in der Region viele ungelöste Fragen, insbesondere auf zwischenstaatlicher Ebene. Vor allen Dingen geht es hier um die Aufteilung der Wasser- und Energievorräte: Die Integrationsprozesse laufen entweder sehr langsam ab oder sind vollständig zum Stehen gekommen. Möglicherweise begünstigen bestimmte äußere Kräfte eine solche Situation in Tadschikistan. Und es gibt auch innere Faktoren – Arbeitslosigkeit, Korruption, wirtschaftlicher Stillstand, hinzu kommt noch die Finanzkrise.

Was uns jedoch ganz besonders beunruhigt, ist die Tatsache, dass sich das Verhältnis zwischen Staat und Religion in einigen Aspekten gewandelt hat. In meinen Augen durchlebt das Verhältnis zwischen Staat und Religion in diesem Augenblick seine schwerste Zeit. Noch nie, nicht einmal während des Bürgerkriegs, hatten wir ein so angespanntes Verhältnis, auch wenn manche Vertreter des Staates oder Beobachter behaupten, es gäbe bei uns in Tadschikistan keine Probleme in den Beziehungen zwischen Staat und Religion. Aber wenn man offen und ehrlich darüber spricht, muss man zugeben, dass diese Probleme existieren. Trotzdem bleibe ich nach wie vor optimistisch, dass gemäßigte Köpfe in Tadschikistan einen Ausweg aus dieser Situation finden.

Es scheint, dass die Staatsmacht auf die Ereignisse im Herbst sehr nervös reagiert hat. Es gab zum Beispiel eine sehr undurchsichtige Informationspolitik, was die Opferzahlen im Gharm-Tal betraf. Der Zugang zu den Internet-Nachrichtenportalen Ferghana.ru und Avesta wurde gesperrt, die Zeitung Farasch musste die Arbeit einstellen. War die Staatsmacht sich selbst nicht sicher, wie mit den Ereignissen umzugehen sei?

Sie haben ganz recht, die Reaktion war in höchstem Maße nervös. Niemand hat sich eine solche Entwicklung der Ereignisse ausmalen können. Auch wenn viele darauf hingewiesen hatten, dass die Lage sich verschlechterte, sowohl was die Sicherheit betrifft, als auch die wirtschaftliche Entwicklung. Signale, dass eine schnelle Lösung notwendig sei, gab es aus zahlreichen Quellen. Trotzdem hofften viele, dass es schon gut gehen werde, dass man es in Tadschikistan, mit der bitteren Erfahrung des Bürgerkriegs, nicht noch einmal zur Instabilität kommen lassen würde. Als es

1 Muchiddin Kabiri hielt sich für einen Vortrag am Zentrum Moderner Orient in Berlin auf.

2 Ein ausführliches biographisches Interview in russischer Sprache mit Muchiddin Kabiri findet sich unter <http://www.asiaplus.tj/articles/203/2563.html>

passierte, haben tatsächlich bei vielen die Nerven versagt. Statt nach den Gründen für die Probleme und nach entsprechend adäquaten Lösungen zu suchen, gingen sie (die politische Führung – Anm. d. Redaktion) den schon bekannten Weg, also den Weg der Verbote und der Beschränkungen – nicht nur der Massenmedien. Sehr viele andere haben diesen Druck erfahren. Ich glaube, dass es heute, im hoch technologisierten 21. Jahrhundert, einfach unmöglich ist, den Zugang zu Informationen auf diese primitive Weise zu beschränken. Ganz im Gegenteil: das wird dazu führen, dass sich die Distanz zwischen der politischen Elite und der Öffentlichkeit vergrößern wird.

Natürlich verstehe ich, dass es in Kriegszeiten bestimmte Anforderungen gibt, und wir sollten von Seiten des Staates dann nicht erwarten, dass er nicht bestimmte zusätzliche Maßnahmen ergreift. Die Bevölkerung sollte dem mit Verständnis begegnen. Aber bei uns in Tadschikistan ist die Situation so, dass wir nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags eine Periode der Entwicklung hatten, und wir hatten uns daran gewöhnt, dass alle uns lobten, dass jetzt Frieden erreicht worden war und gegenseitiges Verständnis. Wir konnten uns eine solche Wendung der Ereignisse wie in jüngster Zeit gar nicht vorstellen. Es war uns selbst unbequem – wie hat man es nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens, nach dem Erreichen bestimmter Erfolge, soweit kommen lassen, dass plötzlich im Land wieder innere Konflikte und Instabilität ausbrechen? Das heißt, dass etwas nicht zu Ende gebracht wurde. Irgendetwas hat man vernachlässigt, und daraus sind Probleme entstanden. Es ist sehr schwer, sich das einzugestehen, sehr kompliziert. Daher auch die Nervosität, meiner Einschätzung der Situation zufolge.

Sie glauben also, dass die ungelösten Konflikte des Bürgerkriegs Ursache der jetzigen Ereignisse in Tadschikistan sind?

Ich teile nicht die Meinung, dass der tadschikische Konflikt anhält, und sich von einem Zustand in einen anderen transformiert hat. Es gibt in der Fachwelt den Begriff »transforming conflicts« – 50 % der inneren Konflikte ändern ihr Aussehen, aber bestehen in der einen oder anderen Form weiter. Aber der tadschikische Konflikt ist in seiner Essenz abgeschlossen. Das, was jetzt bei uns jetzt passiert, hat einen gewissen Bezug zum alten Konflikt, aber ein neues Niveau, neue Gründe. Begünstigt wurde er von einigen ungelösten Aspekten des alten Konflikts. In meinen Augen haben wir und auch unsere internationalen Freunde den tadschikischen Konflikt zu schnell für beendet erklärt; selbst die Post-Konflikt-Phase hätten wir hinter uns, hieß es: Stellen Sie sich vor, dass wir selbst die internationalen Organisationen, die sich mit dem Friedensprozess befassen, gebeten haben, ihre Mission in Tadschikistan abzuschließen. Dafür gäbe es keinen Grund mehr: die Präsenz solcher internationaler Strukturen, die mit dem Monitoring der Maßnahmen des Friedensabkommens betraut waren, erinnere uns unentwegt an den Bürgerkrieg. Das hieße ja, dass wir den Prozess noch nicht zu Ende gebracht hätten. Deshalb haben auch die tadschikischen Bürger und Politiker darauf bestanden, dass dieses Thema für Tadschikistan abgeschlossen wird.

Tadschikistan wollte als ein Staat angesehen werden, der diesen Konflikt hinter sich hat und zu einem neuen Abschnitt seiner Entwicklung übergegangen ist. Scheinbar hat das Bestreben, den Bürgerkrieg schneller zu vergessen und einen neuen Abschnitt unserer Entwicklung einzuleiten, dazu geführt, dass wir hier einige Facetten vernachlässigt haben. Der Übergang von einem Abschnitt zum nächsten liegt schließlich nicht nur in der Unterzeichnung irgendwelcher Dokumente und Deklarationen, sondern betrifft das Leben der gewöhnlichen Bürger. Haben wir die Menschen auf diesen neuen Abschnitt vorbereitet oder nicht? Wir haben, zum Beispiel, die Flüchtlinge aus Afghanistan zurückgeholt. Das wurde ganz richtig gemacht, zur rechten Zeit. Diese Leute haben jetzt aber Tadschikistan nochmals verlassen, in ein anderes Land, nach Russland. Das heißt also, dass aus Zwangsmigranten freiwillige Migranten geworden sind. Die Migration als Problem aber bleibt. Mit der Frage der Integration (der Bürgerkriegsparteien – Anm. d. Red.) verhält es sich genauso. Im Osten des Landes zum Beispiel haben wir wieder ein Problem mit den ehemaligen Feldkommandeuren, die am Bürgerkrieg und danach am Friedensprozess teilgenommen haben, jetzt sind sie erneut zu alten Gewohnheiten zurückgekehrt. Hier kommt die Frage auf: Was ist der Grund dafür? Warum haben wir es nicht geschafft, diese Leute vollständig zu integrieren?

Und warum nicht?

Ich glaube, diese Frage sollten Sie den Leuten stellen, deren Aufgabe die Integration gewesen ist. Denn wir haben damals in der Kommission zur Nationalen Versöhnung unsere Mission erfüllt; unsere Partei gab bekannt, dass sie keine bewaffneten Verbände mehr hat. Alle Kämpfer der Opposition wurden, entsprechend dem Vertrag und den Protokollen, in die Befehlsgewalt der offiziellen Strukturen überführt, sie wurden zu einem Teil der Staatsstrukturen und haben dort lange Jahre gedient. Einige dienen dort nach wie vor. Jetzt muss man die Menschen fragen, in deren Befehlsgewalt die Feldkommandeure waren: Was ist da passiert? Warum haben sie sich nicht als Teil dieses Prozesses gefühlt? Das ist äußerst wichtig.

Ich bin gerade aus London zurückgekehrt, wir haben dort die Frage diskutiert, wie nationale Versöhnung in Afghanistan erreicht werden kann, auch unter Berücksichtigung der Erfahrung anderer Staaten, darunter auch unseres tadschikischen Friedensprozesses. Ich habe dabei die Aufmerksamkeit ganz besonders auf die Post-Konflikt-Periode gelenkt. Einen Vertrag zur Versöhnung zu unterschreiben ist erst der halbe Weg. Das Wichtigste ist, wie er verwirklicht werden kann und was der konkrete Konflikttteilnehmer dadurch bekommt. Wenn die Elite oder nur ein bestimmter Teil der Konfliktparteien, gewisse politische, ökonomische oder rechtliche Dividenden erlangt und der überwiegende Teil der anderen Partei und die gewöhnlichen Bürger außen vor bleiben, dann könnte der Friedensprozess früher oder später einen Rückschritt erfahren. Ich fürchte, dass wir in Tadschikistan einen günstigen Moment haben verstreichen lassen.

Sie haben gerade von den gewöhnlichen Bürgern gesprochen. Aktuell gibt es Anzeichen für neue Konflikte, die das alltägliche Leben der Bürger betreffen: Ich meine die vor kurzem eingeführten Mautzahlungen auf den Fernstraßen. Die Bewohner des Warsob-Tals sind auf die Straße gegangen, um gegen die Maut zu protestieren. Ich glaube, dass das für Tadschikistan in den letzten Jahren ein einzigartiges Ereignis gewesen ist: gewöhnliche Bürger haben sich selbst organisiert, um ihren Problemen lautstark Ausdruck zu verleihen.

Ich glaube nicht, dass es sich hierbei um eine organisierte Bewegung gehandelt hat. Die Menschen haben aus purer Ausweglosigkeit so gehandelt. Sie haben verschiedene Instanzen angeschrieben, darunter den Präsidenten. Sie haben an das Madschlis-i Namojandagon, das Parlament, geschrieben, haben Forderungen gestellt. Wie sollen denn Bürger, die in diesem Bezirk leben, von ihrem Dorf ins Nachbardorf fahren, wenn die Straße mautpflichtig ist? Sie denken: Warum muss ich in meiner Heimat, aus unerklärlichen Gründen irgendjemandem Geld zahlen?

Ich glaube, die Menschen in Tadschikistan haben wegen des Bürgerkriegs aufgehört zu protestieren. Ich glaube aber nicht, dass dieser Zustand lange anhalten kann, denn die Protestierenden sind heute andere Menschen. Wahrscheinlich wird heute aus religiösen Gründen niemand demonstrieren. Es wird vielleicht inneren, stillen Protest geben. Aber die religiösen Menschen werden, selbst wenn der Druck auf die Religion erhöht wird, nicht auf die Straße gehen. Der Bürgerkrieg hat dazu geführt, dass die Religion für alles angeklagt wird. Islamische Aktivisten und jeglicher religiöser Protest werden auf härteste Weise unterdrückt werden. Die kommenden Proteste werden in meinen Augen eher einen sozioökonomischen Charakter haben. Und ganz andere Akteure, ganz andere Menschen werden daran teilnehmen. Das werden nicht die Parteien oder Bewegungen sein, die für gewöhnlich als oppositionell bezeichnet werden.

Heute wendet die Staatsmacht ihre ganze Aufmerksamkeit der gewöhnlichen, öffentlichen Opposition, insbesondere den religiösen Gruppen, zu, als ginge die potentielle Bedrohung der Stabilität von ihnen aus. Dabei vergisst sie, dass die Religion aus sich selbst heraus keine potentielle Gefahr darstellen kann, weder in Tadschikistan, noch in der Region. Aber sie kann zu einem wichtigen Faktor werden, wenn es aufgrund eines sozialen Konflikts zu einer Detonation kommt. Und dann kann die Religion in Zukunft zu einem wichtigen Faktor für das Protestpotential werden. Aber heute denke ich, dass es keine organisierte Struktur des Protests in Tadschikistan gibt und auch nicht geben darf. Ich glaube, dass wir zivilisiertere Methoden finden müssen, um für unsere Rechte zu kämpfen, für unsere bürgerlichen, religiösen, sozialen und ökonomischen Rechte.

Sie haben schon kurz die Migration erwähnt, etwa die Menschen, die während des Bürgerkrieges nach Afghanistan geflohen waren und jetzt zu Hunderttausenden als Arbeitsmigranten nach Russland gehen. Sie waren in Russland, Sie haben diese Menschen getroffen. Was glauben Sie, wie hat sich ihre Weltsicht in der Migration verändert und wie verändern sie Tadschikistan nach ihrer Rückkehr?

Die Migration ist ein vielschichtiger Prozess und seit langem Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Man ist zu dem Schluss gekommen, dass Menschen in der Migration stärker politisiert werden als Bürger, die ihre Heimat nicht verlassen. Dabei ist der Prozess der Politisierung der Migranten oft von Radikalisierung begleitet. Vor zwei Monaten, während des Fastenmonats Ramadan, haben wir eine Delegation zu unseren Migranten geschickt, um ihnen zum Ramadan-Fest zu gratulieren. Als ich die Berichte darüber las, war ich schockiert: Unsere Migranten sind deutlich radikaler als Menschen hierzulande. Dabei sind sie nicht radikal in ihrem Verhältnis zu dem Land, in dem sie jetzt leben, also etwa zu Russland, sondern in ihrem Verhältnis zu dem, was sich zurzeit in ihrer Heimat abspielt. Und die Fragen, die sie der Führung unserer Partei gestellt haben, waren recht kompliziert und sehr konkret. Die Mitglieder unserer Partei in Tadschikistan stellen solche Fragen niemals so konkret. Sie fordern auch keine strikten, radikalen Aktionen oder Proteste. Aus Migrantenkreisen bekommen wir jedoch solche Signale.

Zum Beispiel?

Zum Beispiel fordern sie, dass unsere Partei die religiösen Rechte der Bürger konkreter und beharrlicher verteidigt. Es missfällt ihnen, dass ihre Töchter und Schwestern in Tadschikistan Universitäten nicht im Hidschab besuchen können. Oder dass der Zugang von Kindern/Frauen zu Moscheen zurzeit eingeschränkt ist. Wahrscheinlich denken auch in Tadschikistan sehr viele, dass auf genau diese Weise ihre Rechte beschnitten werden. Aber entweder sprechen sie nicht darüber, oder wenn, dann in sehr abgeschwächter Form. Denn, weil sie in unserer Nähe sind, verstehen sie die Lage und verlangen deswegen nur das Mögliche von uns. Die Leute in der Migration hingegen verstehen oft nicht, wie die Situation im Land ist. Sie befinden sich in einem fremden Land, in einem freieren Milieu, und sehen, dass die Menschen um sie herum ihre religiösen Rechte freier wahrnehmen können.

In Russland zum Beispiel wurde noch niemand für das Tragen des Hidschabs aus der Universität gejagt. Es gibt auch keine Beschränkungen für Kinder, die Moschee zu besuchen. Sie vergleichen ihr Leben in Russland mit dem in Tadschikistan und sie denken, dass wir durchsetzungsstärker agieren sollten, beharrlicher, angesichts dieser Rechtsverstöße. Und dieser Aspekt der Migration macht uns Sorgen. Natürlich ist sie ein Segen, weil die Migranten Geld verdienen und es nach Hause schicken, das ist eine gute Sache. Aber wer wird ihr Denken kontrollieren, wer wird mit ihnen arbeiten? Werden sie den offiziellen Strukturen vertrauen? Und wenn nicht, welche öffentliche Organisation soll sich ihrer annehmen? Werden die staatlichen Organe in Duschanbe oder Moskau einverstanden sein, wenn wir uns mit den Migranten beschäftigen? Oder sehen sie darin irgendeine Bedrohung für sich? Wenn unsere Partei sich stärker im Milieu der Migranten engagiert, hieße das dann, dass wir unsere Wählerschaft und soziale Basis vergrößern würden? Das ist eine sehr vielschichtige Frage und wir müssen uns sehr vorsichtig damit auseinandersetzen.

Wenn die Migranten nach Tadschikistan zurückkehren, dann tun sie es also mit einer höheren politischen Bildung und wachsenden Forderungen nach der Anerkennung von Religion?

Wissen Sie, ich glaube nicht, dass sie mit besonders radikalen Ideen zurückkehren. Wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, verstehen sie sehr schnell, dass die Situation hier anders ist und sie die Freiheiten, die sie als Muslime außerhalb von Tadschikistan und außerhalb der Region hatten, auch dort zurücklassen. Aber solange sie in der Migration sind, senden sie radikalere Signale. Das ist das Erste. Zweitens muss man noch einen Aspekt berücksichtigen: Warum radikalisieren sich Migranten? Weil ihre Rechte sowohl in ihrer Heimat beschnitten werden, als auch in der Migration. In Russland, Kasachstan oder anderen Staaten, in den unsere Migranten arbeiten, ist auch nicht alles ideal. Wenn ein Mensch nur Verstöße gegen seine Rechte erfährt, dann entwickelt er ein Protest beladenes Verhältnis zu allem, was ihn umgibt. Er sucht Auswege und es ist verständlich, dass eine Alternative – eine einfache und zugängliche Alternative – die Religion ist. Der Mensch wendet sich direkt an Gott und wenn er weder Zugang zur Rechtsprechung hat, noch zu den Staatsorganen und das fern der Heimat, dann wird er Gott überall finden, in Russland, in Tadschikistan oder in Kasachstan. Warum werden die Menschen denn gerade in der Migration religiöser? Weil es die einzige moralische Stütze für die Migranten ist. Und wir, als eine politische und religiöse Partei, tragen Verantwortung für unsere Bürger nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch in der Migration. Deswegen haben wir auch damit angefangen, uns der Migranten anzunehmen. Weil sie eines Tages ins Land zurückkehren werden und Einfluss ausüben werden auf die Prozesse im Land. Es wäre gut, wenn auch andere Parteien Kontakte zu Migranten pflegen würden, damit sie sich als ein Teil unseres tadschikischen Lebens fühlen. Ansonsten wird die Entfremdung dazu führen, dass sie alles, was bei uns im Land passiert, von einem Standpunkt des Protests bewerten werden.

Noch eine letzte Frage, ebenfalls zur Arbeitsmigration. Heute fahren immer mehr Menschen nicht mehr nach Russland, sondern in arabische Staaten, etwa nach Katar oder in die Vereinigten Arabischen Emirate, mit denen auch Verträge über Arbeitsmigration abgeschlossen wurden. Was für Folgen hat eine verstärkte Arbeitsmigration in diese Länder?

Nein, ich glaube nicht, dass viele unserer Bürger in arabischen Staaten arbeiten. Das war eher ein PR-Coup. Sicher haben die Massenmedien darüber geschrieben. Sicher wurden Verträge abgeschlossen und erste Gruppen sind auch dorthin gefahren, aber jetzt ist alles auch abgeschlossen. Somit bleiben Russland und die anderen GUS-Staaten die wichtigsten Zielländer. Ich glaube nicht, dass mehr als eintausend Personen in arabischen Staaten arbeiten, eher weniger. Deswegen sollte man diesen Prozess, also die Migration in arabische Staaten, nicht als ein ernsthaftes Phänomen betrachten, dem ist nicht so.

Haben Sie vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Wladimir Sgibnev.

CHRONIK

Vom 18. Dezember 2010 bis zum 21. Januar 2011

Kasachstan

18.12.2010	Die ehemalige Chefin des republikanischen HIV/AIDS-Zentrums, Marjam Chasanowa, wird aufgrund von Vorwürfen der Unterschlagung von Haushaltsmitteln in Tenge-Millionen-Höhe verhaftet.
20.12.2010	Das Unternehmen KazTransGaz und die chinesische Trans-Asia Gas Co. Pipeline gründen ein Joint Venture für den Bau einer neuen Gaspipeline Beneu-Bosoy-Schymkent.
20.12.2010	Das Unternehmen TengizNefteStroy verzichtet auf den ihm gerichtlich zugesprochenen Schadensersatz von 20 Mio. Tenge (ca. 134.000 US-Dollar) durch die liberale Zeitung Uralskaja Nedelja wegen kompromittierender Berichterstattung.
21.12.2010	Laut einer Umfrage des Instituts für Politische Lösungen vertrauen 58,7 % der Befragten in den Großstädten, aber lediglich 25,7 % im ganzen Land, der Regierung von Premierminister Karim Massimow.
21.12.2010	In den Gebieten Akmola, Pawlodar, Karaganda und Ostkasachstan sowie in der Hauptstadt Astana bleiben aufgrund starken Frosts die Schulen geschlossen, der Straßenverkehr wird im gesamten Norden eingeschränkt.
21.12.2010	Die Vereinigung Kazenergy und das Unternehmen KazakhCarbon vereinbaren ein System zum Handel mit CO ₂ -Zertifikaten.
21.12.2010	Der Chef der OSZE-Abteilung des Außenministeriums, Serschan Abdykarimow, zieht auf einer Pressekonferenz eine durchweg positive Bilanz des OSZE-Vorsitzes seines Landes.
22.12.2010	Premierminister Massimow reist mit einer hochrangig besetzten Delegation zum Gipfeltreffen der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) nach Istanbul.
22.12.2010	Der Bürgermeister von Almaty, Achmetschan Jesimow, stellt die ersten gasbetriebenen Fahrzeuge der neuen städtischen Busflotte vor, die privaten Unternehmen Konkurrenz machen und damit die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs erhöhen sollen.
23.12.2010	Premierminister Massimow trifft am Rande des OIC-Gipfels mit dem türkischen Präsidenten Abdullah Gül zu bilateralen Gesprächen zusammen.
24.12.2010	Die Zentrale Wahlkommission hat den Aufruf einer Initiativgruppe von Bürgern zur Durchführung eines Referendums über die Verlängerung der Amtszeit von Präsident Nursultan Nasarbajew erhalten, meldet KazTAG.
24.12.2010	Die oppositionelle Allnationale Sozialdemokratische Partei Asat fordert Präsident Nasarbajew in einer Erklärung auf, ein Referendum über die Verlängerung seiner Amtszeit abzulehnen.
24.12.2010	Ex-Premier- und Verteidigungsminister Danijal Achmetow erklärt in einem Interview mit der liberalen Zeitung Swoboda Slowa, dass er keine Rückkehr in die Politik plane. Er leitet derzeit ein Unternehmen im Bereich regenerativer Energien.
24.12.2010	Premierminister Massimow besucht in Ankara das Denkmal zu Ehren Präsident Nasarbajews und legt Blumen im Mausoleum des türkischen Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk nieder.
25.12.2010	In Wien gibt Kasachstan offiziell den Vorsitz der OSZE an Litauen weiter.
27.12.2010	Der Chef der Zentralen Wahlkommission, Kuandyk Turgankulow, registriert offiziell die Initiativgruppe zur Verlängerung der Amtszeit Präsident Nasarbajews per Referendum und weist darauf hin, dass die Kosten für die Durchführung eines Referendums geringer wären als die für Neuwahlen.
28.12.2010	Der Vorsitzende des Senats, Kasym-Schomart Tokajew, äußert sich in einer Rede zuversichtlich bezüglich der Zustimmung seiner Kollegen zu der Verfassungsänderung über die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten.
28.12.2010	Präsident Nasarbajew diskutiert mit dem chinesischen Außenminister Yang Jiechi in Astana Fragen der Vorbereitung des Jubiläumsgipfels der SCO im Jahr 2011 sowie der bilateralen Zusammenarbeit.
29.12.2010	Die Initiativgruppe für die Verlängerung der Amtszeit Präsident Nasarbajews bis 2020 kündigt an, bis Mitte Januar 2 Mio. Unterschriften zur Unterstützung ihres Ziels sammeln zu wollen.
29.12.2010	Selbst wenn Präsident Nasarbajew ein Referendum zur Verlängerung seiner Amtszeit ablehnen sollte, könnte das Parlament eine entsprechende Verfassungsänderung annehmen, erklärt der Abgeordnete Irak Jelekejew. Zuvor hatte die untere Kammer des Parlaments in einem einstimmigen Beschluss an Nasarbajew appelliert, eine solche Volksabstimmung zuzulassen.
29.12.2010	Den Familien der 28 usbekischen Flüchtlinge, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen in ihrer Heimat verfolgt werden, wird das von ihnen in Kasachstan beantragte Asyl verweigert.

31.12.2010	Mehrere Oppositionspolitiker bezweifeln, dass die von einer Initiativgruppe durchgeführte Sammlung von 300.000 Unterschriften zur Verlängerung der Amtszeit Präsident Nasarbajews verfahrenstechnisch einwandfrei ist.
1.1.2011	Die Renten werden um 30 % angehoben. Die minimale Rente liegt nun bei rund 24.500 Tenge (ca. 164 US-Dollar), die maximale beträgt rund 52.200 Tenge (ca. 349 US-Dollar). Laut Radio Azattyk erhalten lediglich 90.000 der 1,5 Mio. Pensionäre im Land die maximale Rente.
3.1.2011	Eine Maschine der US Air Force mit 157 Soldaten an Bord muss auf dem Flug von Bischkek nach Leipzig in Almaty wegen eines Maschinenschadens notlanden, eine Ersatzmaschine fliegt die Passagiere weiter nach Doha, Katar.
4.1.2011	In der gesamten Osthälfte Kasachstans herrschen Temperaturen von -30 bis -45 Grad. Für den Süden des Landes wird eine Sturmwarnung herausgegeben.
4.1.2011	Die US-Regierung verurteilt in einer Erklärung die Pläne zur Durchführung eines Referendums zur Verlängerung der Amtszeit Nasarbajews als Rückschritt für die Demokratie.
6.1.2011	Auch der Senat unterstützt den Aufruf an Nasarbajew ein Referendum zur Verlängerung seiner Amtszeit abzuhalten. Die entsprechende Initiativgruppe soll bereits mehr als 2,5 Mio. Unterschriften (nach anderen Angaben 3,1 Mio.) gesammelt haben.
6.1.2011	Der Minister für Bildung und Wissenschaft, Bachytschan Schumagulow, spricht sich in einer Rede vor dem Senat für die Verringerung der Zahl der Universitäten des Landes von 140 auf höchstens 50 aus.
7.1.2011	Präsident Nasarbajew lehnt Verfassungsänderungen zur Verlängerung seiner Vollmachten bis zum Jahr 2020 ab, meldet die offiziöse Kasachstanskaja Prawda.
8.1.2011	Der Exportzoll auf Erdöl und Erdölprodukte wird rückwirkend vom 1.1.2011 an von 20 auf 40 US-Dollar pro Tonne angehoben, meldet KazTAG unter Berufung auf das Finanzministerium.
10.1.2011	Der Leiter der Initiativgruppe zur Verlängerung der Amtszeit Nasarbajews, der Rektor der Universität von Semei (Semipalatinsk), Jerlan Sydykow, erklärt die Unterschriftensammlung mit einem Ergebnis von ca. 4,3 Mio. Unterschriften (später auf 5 Mio. nach oben revidiert) für beendet. Damit soll jeder dritte Kasachstaner bzw. mehr als jeder zweite Wahlberechtigte seine Unterschrift abgegeben haben.
10.1.2011	Probleme in einem der Heizkraftwerke der Stadt Semei können erst nach mehreren Tagen behoben werden. Mehrere Zehntausend Haushalte waren bei Außentemperaturen von unter -35 Grad ohne Heizung. Premierminister Massimow setzt eine Untersuchungskommission ein.
10.1.2011	Premierminister Massimow erklärt bei einer Sitzung im Informationsministerium, dass er die Einführung eines Fernsehkanals, der rund um die Uhr in kasachischer Sprache sendet, für unabdingbar halte.
10.1.2011	Der Chef der Fluggesellschaft Air Astana, Peter Foster, schlägt bei einem Treffen im Transportministerium vor, in Almaty einen zweiten Flughafen zu bauen.
10.1.2011	Der Chef des Eisenbahnunternehmens Kazakh Temir Zholy, Askar Mamin, kündigt für 2011 den Neubau von ca. 100 und die Sanierung von ca. 120 Bahnhofsgebäuden an.
11.1.2011	Die Öl- und Gaskondensatproduktion ist im Jahr 2010 um 4 % auf 79,5 Mio. t gestiegen, meldet die Agentur für Statistik.
11.1.2011	Zwei Wissenschaftler der University of Colorado kündigen eine Arbeit über Mutationen aufgrund radioaktiver Verseuchung bei Bewohnern um das Testgelände Semipalatinsk an. Unterstützt vom Ökomuseum Karaganda hatten sie während eines Freiwilligenaufenthaltes im Dorf Myrschik, Gebiet Karaganda, Daten erhoben.
11.1.2011	Nach Angaben des stellvertretenden Ministers für Industrie und Handel, Albert Rau, haben eine ganze Reihe von Heizkraftwerken in den nördlichen Gebieten des Landes zu wenig Kohle für den Winter eingelagert.
12.1.2011	Kasachstan wird seine Politik der Stabilisierung des Tenge ab dem 20. März dieses Jahres aufgeben und den Wechselkurs in ein flexibleres Regime überführen, kündigt Nationalbankchef Grigorij Martschenko in Almaty an.
13.1.2011	Die Dachorganisation »Graschdanskij Aljans« (Bürgerallianz), die ca. 500 NGOs vereint, unterstützt laut ihrer Chefin, Aigul Solowjowa, die Durchführung eines Referendums zur Verlängerung der Amtszeit Präsident Nasarbajews.
13.1.2011	Präsidentenberater Jermuchamet Jertysbajew glaubt, dass Präsident Nasarbajew das Parlament wird überzeugen können, nicht ein Referendum, sondern Wahlen abzuhalten.

13.1.2011	Sechs junge Männer, Mitglieder des Diskussionsklubs »Ruch pen til« (»Geist und Sprache«), die öffentlich gegen die Pläne für das Referendum protestiert hatten, werden zu einer Ordnungsstrafe von 30.000 Tenge (ca. 200 US-Dollar) verurteilt.
14.1.2011	Die EU ruft die kasachstanische Führung in einer Erklärung dazu auf, statt eines Referendums reguläre freie und faire Präsidentschaftswahlen durchzuführen.
14.1.2011	Die Kommunistische Volkspartei Kasachstans schließt sich der Bewegung zur Verlängerung der Amtszeit Nasarbajews an.
14.1.2010	Das Parlament nimmt bei einer erweiterten Sitzung die Verfassungsänderungen zur Durchführung eines Referendums einstimmig an.
14.1.2010	Das Heizkraftwerk der Stadt Priosjorsk, Gebiet Karaganda, das vor rund zwei Wochen ausgefallen war, nimmt seine Arbeit wieder auf.
17.1.2011	Nach Angaben von Innenminister Serik Baimaganbetow wurden 2010 mehr als 900 Verfahren gegen Mitglieder organisierter krimineller Gruppen eingeleitet. Die Zahl schwerer und sehr schwerer Verbrechen sei gegenüber dem Vorjahr jeweils um mehr als 10 % gesunken.
17.1.2011	Präsident Nasarbajew leitet den Entwurf der Verfassungsänderungen, die die Durchführung des Referendums ermöglichen würden, an den Verfassungsrat weiter.
17.1.2011	Ein mögliches Referendum zur Verlängerung der Amtszeit Nasarbajews schränke das Wahlrecht der Bürger ein, erklärt der Chef des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR), Janez Lenarcic.
18.1.2011	Der Sekretär der Agentur zur Kontrolle natürlicher Monopole, Aleksandr Konopljanin, wird wegen Amtsmissbrauchs zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.
18.1.2011	Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel stellt im Rahmen des Programms Roadmap 2011 14 Mrd. Tenge (93,8 Mio. US-Dollar) zur Stärkung des unternehmerischen Potentials bereit.
18.1.2011	Zum ersten Mal in der kasachstanischen Rechtsgeschichte wird ein Prozess wegen Folter eines Häftlings gegen mehrere Mitarbeiter der Vollzugsanstalt Kapschagaj, Gebiet Almaty, angestrengt.
18.1.2011	Eine vorzeitige Haftentlassung des Menschenrechtlers Jewgenij Schowtis wurde von Seiten der Behörden abgelehnt, teilt die Mitarbeiterin des Kasachstanischen Büros für Menschenrechte, Wiktorija Tjuljenewa, mit.
19.1.2011	Das Landwirtschaftsministerium verlängert das Jagdverbot für die geschützte Saiga-Antilope bis zum Jahr 2021, meldet AFP.
19.1.2011	Nach Angaben der Organisation GlobalFinancialIntegrity wurden im Zeitraum von 2000 bis 2008 126 Mrd. US-Dollar illegal aus Kasachstan ausgeführt.
19.1.2011	Verteidigungsminister Adilbek Schaksybekow trifft in Astana mit dem Chef des französischen Konzerns Sagem Défense Sécurité zusammen.
20.1.2011	Präsident Nasarbajew verspricht bei einem Treffen hochrangiger Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in seinem Amtssitz, die Entscheidung über die Durchführung eines Referendums zur Verlängerung seiner Vollmachten im Interesse des Volkes und Staates zu treffen.
20.1.2011	Der Sekretär des Sicherheitsrats, Marat Taschin, trifft in Astana mit einer hochrangigen US-Delegation zu Gesprächen über die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zusammen.
20.1.2011	Die Steuerbehörde teilt mit, dass sie 143 Mio. US-Dollar Steuernachzahlungen von Karachaganak Petroleum Operating erhalten habe.
21.1.2011	Nahe des Dorfes Beresowka und der Gaskondensatlagerstätte Karachaganak kommt es zu Erdbeben, meldet KazTAG.

Kirgistan

18.12.2010	Der neue Premierminister Almasbek Atambajew erklärt, dass die US-Luftwaffenbasis Manas für mindestens vier weitere Jahre bestehen bleiben könne.
20.12.2010	Der Sondergesandte der UN für Zentralasien, Miroslav Jenca, sein Amtskollege bei der EU, Pierre Morel, und der Sonderbeauftragte der OSZE für Kirgistan, Schanybek Karibschanow, begrüßen die Regierungsbildung und sagen die weitere Unterstützung ihrer Organisationen für Kirgistan zu.
20.12.2010	Die neue Regierung, bestehend aus 18 Ministerien und drei Staatskomitees, nimmt offiziell die Arbeit auf.

20.12.2010	Premierminister Atambajew trifft sich mit Finanzminister Tschorobek Imaschew und Bildungsminister Kanatbek Sadykow zu Beratungen über Möglichkeiten, die Gehälter der Lehrer zu erhöhen.
20.12.2010	Der frühere Führer der Usbeken in Osch, Kadyrschan Batyrow, fordert in einem offenen Brief an die Präsidentin, die Regierung und das Parlament, seine Strafverfolgung bis zum Vorliegen der Ergebnisse der internationalen Untersuchungskommission auszusetzen und erklärt, dass die Führer der Usbeken niemals Autonomie gefordert hätten.
20.12.2010	Usbekistan schränkt wegen ausstehender kirgisischer Zahlungen erneut die Gaslieferungen an den Süden Kirgistans ein.
21.12.2010	Nach einem Treffen von Premierminister Atambajew mit dem Repräsentanten der Weltbank in Kirgistan, Alexander Kremer, wird bekannt, dass die Bank durch Umverteilung weitere 40 Mio. US-Dollar zur Unterstützung des kirgisischen Staatshaushaltes 2011 zur Verfügung stellen kann.
21.12.2010	Nach Angaben des russischen föderalen Migrationsdienstes haben in den ersten acht Monaten des Jahres 2010 400.000 Kirgisen ihr Land mit dem Ziel Russland verlassen.
21.12.2010	In Washington wird der Bericht der Expertengruppe beim US-Kongress zur Untersuchung der US-Verträge zur Treibstoffversorgung der Manas-Luftwaffenbasis veröffentlicht. Er belegt Bestechungszahlungen und Beauftragung von Angehörigen der jeweils in Kirgistan regierenden Präsidenten.
22.12.2010	Der Bürgermeister von Osch, Melisbek Myrsakmatow, spricht sich gegen jede Art von öffentlich sichtbaren Feiern anlässlich des Jahreswechsels aus.
24.12.2010	Premierminister Atambajew trifft in Osch mit Opfern der Juni-Unruhen zusammen.
25.12.2010	In der Nähe zweier Verwaltungsgebäude im Zentrum von Bischkek werden per Zeitschaltuhr zur Explosion vorbereitete Autos gefunden.
25.12.2010	Präsidentin Rosa Otunbajewa und ihr iranischer Amtskollege Mahmud Ahmedinedschad sprechen am Rande des ECO-Gipfels in Istanbul über den Ausbau der bilateralen Beziehungen.
27.12.2010	Während seines ersten Besuches in Moskau als Premierminister betont Atambajew die engen Beziehungen seines Landes zu Russland und nennt es einen strategischen Partner. Verschiedene russische Gesprächspartner betonen das große russische Interesse an guter Zusammenarbeit. Premierminister Wladimir Putin sagt weitere umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung zu.
27.12.2010	Ferghana.ru meldet, dass Mitglieder der OSZE-Polizeimission im Land eingetroffen sind. Sie werden an verschiedenen Reformprojekten für Polizeiarbeit beteiligt sein, dürfen aber keinen direkten Kontakt mit der Bevölkerung aufnehmen.
29.12.2010	Auf einer Pressekonferenz in Bischkek berichtet der Vorsitzende der Komitees für nationale Sicherheit, Keneschbek Duschabajew, dass Spezialeinheiten ein weites terroristisches Netzwerk, das bereits zwei Anschläge verübt und eine Vielzahl weiterer geplant habe, aufgedeckt hätten.
29.12.2010	Die Menschenrechtlerin Tscholpon Dschakupowa beklagt auf einer Pressekonferenz den wachsenden kirgisischen Nationalismus in Staats- und Sicherheitsorganen sowie kirgisischsprachigen Medien und die sich verschlechternde Lage der nationalen Minderheiten, insbesondere im Süden des Landes.
29.12.2010	Es wird bekannt, dass Usbekistan 2011 den Preis für Gaslieferungen nach Kirgistan um 15 US-Dollar pro 1.000 m ³ auf 255 US-Dollar erhöht.
30.12.2010	Premierminister Atambajew erklärt auf einer Pressekonferenz, dass seine Regierung grundlegend neue, freundschaftliche Beziehungen zu Usbekistan wolle.
30.12.2010	Radio Azattyk meldet, dass die nationale Kommission zur Untersuchung der Juni-Ereignisse den usbekischen Präsidenten Islam Karimow für den Friedensnobelpreis vorschlagen wolle.
30.12.2010	Premierminister Atambajew fordert Russland ausdrücklich auf, sich an Treibstofflieferungen für den US-Luftwaffenstützpunkt Manas zu beteiligen.
4.1.2011	Die Regierung verabschiedet einen Aktionsplan für die dringendsten Maßnahmen ihrer Arbeit innerhalb eines Monats, von 100 Tagen und eines Jahres.
4.1.2011	Dmitrij Bogotitsch, Anführer einer rassistisch-antisemitischen-Bande, wird von Kirgistan an Israel ausgeliefert und dort verhaftet.
4.1.2011	Der Lehrerverband setzt der Regierung ein Ultimatum für die Erhöhung der Gehälter bis Ende Januar. Dann werde es einen landesweiten Streik geben.

5.1.2011	Bei einem Treffen von hohen Verwaltungsmitgliedern erklärt Gouverneur Sooronbaj Dschejenbekow 2011 zum Jahr der Investitionen im Gebiet Osch.
5.1.2011	Der Nationale Sicherheitsdienst gibt das Ende einer Spezialeinsatzes des Sonderkommandos Alfa im Dorf Besch-Kungei in der Nähe von Bischkek bekannt. Dort sei eine Gruppe von Terroristen dingfest gemacht worden, die u. a. für Ermordung von drei Polizisten am Vortag verantwortlich war und weitere terroristische Akte in Bischkek geplant hätte. Zwei Verdächtige kamen ums Leben, einer wurde verletzt, ein Alfa-Mann starb auf Weg ins Krankenhaus.
5.1.2011	Menschenrechtler beklagen auf einer Pressekonferenz die Anwendung von Folter bei Ermittlungen, insbesondere durch Offiziere des Nationalen Sicherheitskomitees. Im Jahr 2010 habe man 300 Fälle registriert.
5.1.2011	Die Geistliche Verwaltung der Muslime kündigt an, dass sie 2011 die Kenntnisse aller muslimischen Geistlichen des Landes überprüfen werde.
6.1.2011	Energieminister Askarbek Schadjew teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass der Stromausfall in mehreren Gebiete Kirgistans, dem Süden Kasachstans und Teilen Usbekistans am Vortag auf einer technischen Panne beruht hätte und nicht, wie gerüchteweise verlautete, auf einem Anschlag.
7.1.2011	24.kg meldet, dass Interpol es nach Durchsicht der Unterlagen abgelehnt habe, Ex-Präsident Bakijew und Angehörige seiner Familie zur internationalen Fahndung auszuschreiben, da der Organisation auf politischen Ereignissen beruhende Fahndungen nicht erlaubt seien.
7.1.2011	Nach den Lehrern fordern nur auch immer mehr Mitarbeiter des Gesundheitswesens eine Erhöhung ihrer Bezüge.
10.1.2011	Adachan Madumarow, der Vorsitzende der Partei Butun Kyrghyzstan, kündigt auf einer Pressekonferenz in Bischkek an, dass seine Partei mit der Unterschriftensammlung für die Abhaltung eines Volkskurultai (Volksversammlung) beginnen werde, da das verfassungsmäßige Parlament nicht die in es gesetzten Erwartungen erfülle.
10.1.2011	Turgunbek Kulmursajew, Generaldirektor der kirgisischen Gasgesellschaft, erklärt vor der Presse, dass Konsumenten, insbesondere öffentliche Organisationen, seinem Unternehmen ca. 10 Mio. US-Dollar für Gas schulden. Dabei subventioniere die Regierung Gas mit 4,5 Som (ca. 9 Dollar-Cent) pro m ³ .
11.1.2011	Gesundheitsminister Sabyrbek Dschumabekow erklärt bei einem Treffen mit Mitarbeitern des Gesundheitswesens, dass er ihre Forderungen nach besserer Bezahlung unterstütze.
11.1.2011	Der Vorsitzende der nationalen Kommission zur Untersuchung der Juni-Ereignisse, Abdygany Erkebijew, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass die Kommission zu dem Ergebnis gekommen sei, dass Fehler und Versäumnisse der Übergangsregierung zur Eskalation beigetragen hätten. Ursachen der Ereignisse seien die mangelnde Aufarbeitung der ethnischen Zusammenstöße im Jahr 1990 und sozioökonomische Spannungen, die von den örtlichen Führern der Usbeken und der Familie von Ex-Präsident Bakijew befördert wurden.
13.1.2010	Mit dem heutigen Tag liegt das Management der Gaspipelines im Norden Kirgistans in der Verantwortung des kasachstanisch-kirgisischen Joint-Ventures KyrKazGaz.
13.1.2010	Ombudsmann Tursunbek Akun stellt die Ergebnisse der von ihm geleiteten unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Juni-Ereignisse vor. Im Wesentlichen stimmen sie mit denen der staatlichen Kommission überein.
14.1.2011	Parlamentssprecher Achmatbek Keldibekow trifft den EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Morel, und informiert ihn über die neuesten Entwicklungen. Morel sagt weitere Unterstützung zu.
14.1.2011	Die russische Nesawisimaja Gaseta berichtet, dass in kirgisischen Medien von einem weiteren Skandal um die Treibstoffversorgung von Manas berichtet würde. Demnach profitieren Familienmitglieder von Präsidentin Otunbajewa und ein Mitglied der Übergangsregierung von der Neuordnung der Verträge.
17.1.2011	Das Schweizer Kooperationsbüro in Kirgistan startet eine neues Projekt zur Unterstützung von durch die Juni-Ereignisse betroffenen Frauen in Osch und Dschalalabad im Wert von Wert 210.000 US-Dollar, das zugleich der Verbesserung der Nahrungsmittellversorgung dienen soll.
17.1.2011	Premierminister Atambajew empfängt Susan Elliott, Deputy Assistant Secretary of State for South and Central Asia. Atambajew schlägt die Wiederaufnahme der kirgisisch-US-amerikanischen Regierungskonsultationen vor.
17.1.2011	Ismail Isakow, der Verteidigungsminister in der Übergangsregierung gewesen war, wendet sich gegen die Feststellung der Nationalen Kommission zur Untersuchung der Juni-Ereignisse, dass die Übergangsregierung und das Führungspersonal in den Gebieten eine Mitschuld trafe und kündigt gerichtliche Schritte an.
17.1.2011	Im Jahr 2010 sind in Kirgistan mehr als 1.500 neue NGOs, 50 neue Parteien und 142 neue Organe der Massenmedien registriert worden, meldet 24.kg unter Berufung auf das Justizministerium.

17.1.2011	Nach Angaben von Sicherheitskräften ist eine islamistische Gruppe mit den Namen Jaysch al-Mahdi für die Anschläge auf die Synagoge (9.9.2010) und den Sportpalast (30.11.2010) von Bischkek und fünf weitere Anschläge verantwortlich.
17.1.2011	Nach Angaben der Staatskommission für religiöse Angelegenheiten gibt es in Kirgistan 2.270 registrierte religiöse Gruppen, davon 1.886 muslimische, 368 christliche.
17.1.2011	Die Bergarbeiter der Suluktokomur-Mine im Süden des Gebiets Batken beenden ihren mehrtägigen Hungerstreik, mit dem sie erfolgreich gegen die Absetzung des Direktors der Mine protestiert hatten.
17.1.2011	Im Gebiet Issyk-Kul finden großangelegte Anti-Terror-Übungen unter Leitung des Innenministeriums statt.
17.1.2011	Die Äußerungen des Parlamentsmitglieds Tursunbai Bakir uluu, der in einer Fernsehsendung kirgisische NGOs pauschal als Spendenfresser und Spione bezeichnet hatte, rufen heftigen Widerspruch in der Zivilgesellschaft hervor.
20.1.2011	Präsidentin Otunbajewa schafft den Sicherheitsrat per Dekret ab. An seine Stelle tritt ein Verteidigungsrat, dessen Vorsitzende die Präsidentin sein wird, der stellvertretende Premier Schamil Atachanow wird Sekretär.
20.1.2011	Premierminister Atambajew besetzt die Gouverneursposten in den Gebieten Batken und Issyk-Kul neu.

Tadschikistan

18.12.2010	Im Norden Afghanistans werden sieben weitere der im August aus einem Gefängnis in Duschanbe geflüchteten Gefangenen verhaftet.
20.12.2010	Nach einer Meldung von RFE/RL hat die russische Gazprom bei neuesten Explorationen in Tadschikistan genug Erdgas gefunden, um das Land damit für fünfzig Jahre zu versorgen.
22.12.2010	Präsident Emomali Rachmon trifft am Rande des ECO-Gipfels in Istanbul mit seinem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen.
22.12.2010	Der ADB-Direktor für Tadschikistan, Joji Tokeshi, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass sein Institut Tadschikistan 2011 keine weitere Kredite gewähren werde, um seine Außenverschuldung nicht noch mehr zu erhöhen, dafür aber höhere nicht rückzahlbare Kredite zur Verfügung stelle.
26.12.2010	Energieminister Gul Scherali und der Minister für Wasserressourcen, Rachmat Bobokalonow, treffen in Teheran mit den Energieministern von Iran und Afghanistan zu Gesprächen über ihre Zusammenarbeit im Energiebereich (Bau von Hochspannungsleitungen und Wasserkraftwerken) zusammen.
27.12.2010	Die Behörden verbieten mehr als 90 tadschikischen Kindern den weiteren Besuch der Schule der iranischen Botschaft.
27.12.2010	Bei einer Schießerei mit ca. 30 Drogenschmugglern an der Grenze zu Afghanistan kommen zwei Grenzschützer ums Leben.
28.12.2010	Nach einem Treffen mit Landwirtschaftsminister Kosim Kosimow mit dem Vertreter von USAID für Tadschikistan, Jeffrey Lehrer, wird bekannt, dass die Organisation knapp 30 Mio. US-Dollar zur Unterstützung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben bereit stellt.
28.12.2010	Die staatliche Aluminium Gesellschaft Talco unterzeichnet einen Vorvertrag mit dem größten Rohstoffhändler Asiens, Noble Resources Ltd, Hong Kong, und Det.AI, Aserbaidshan.
28.12.2010	Die Sicherheitsbehörden entdecken in einem Dorf im Bezirk Rascht sowie im Gebiet Chatlon zwei große Lager mit Handgranaten, Feuerwaffen und Munitionsvorräten.
29.12.2010	Aus dem Finanzministerium wird bekannt, dass Tadschikistan und Usbekistan ein Umschuldungsübereinkommen gefunden haben, nach dem die Rückzahlungsfrist um zwei Jahre aufgeschoben wird.
29.12.2010	Das Komitee für religiöse Angelegenheiten erklärt, dass die einzige Synagoge Tadschikistans illegal arbeite. Ihre Vertreter hätten nicht zum gesetzlich vorgeschriebenen Zeitpunkt die Papiere für die Registrierung eingereicht.
30.12.2010	Reporter ohne Grenzen fordert die Freilassung des am 23.11. in Chudschand unter Korruptionsverdacht verhafteten Journalisten Machmadjusuf Ismoilow.
30.12.2010	Nach Angaben der nationalen Elektrizitätsgesellschaft wurden 2010 in Tadschikistan acht kleinere Wasserkraftwerke im Wert von 11,5 Mio. US-Dollar gebaut, die zusammen eine Kapazität von 8 MW haben.
31.12.2010	Auf dem Flughafen von Duschanbe treffen Materialien für die Errichtung des Sangtuda-2-Wasserkraftwerkes aus Iran ein. Der Luftweg war erforderlich, um die usbekische Landblockade zu umgehen.
1.1.2011	Rauchen ist ab sofort in praktisch allen öffentlichen Gebäuden verboten und mit hohen Strafen belegt.

1.1.2011	Der Strompreis für Endverbraucher steigt um durchschnittlich 25 %.
1.1.2011	Neue Gesetzesbestimmungen, nach denen die Verbreitung von illegaler religiöser Literatur schwerer bestraft wird, treten in Kraft.
1.1.2011	Ein neues Gesetz über die Sicherheit von Wasserkraftwerken tritt in Kraft. Ihm liegen internationale rechtliche, technische und standortbedingte Normen zu Grunde.
3.1.2011	Die türkische Presse meldet, dass Tadschikistan seine Schulden gegenüber der Türkei in Höhe von 25 Mio. US-Dollar abbezahlt habe.
4.1.2011	Alowuddin Dawlatow alias Ali Bedak, einer der bekanntesten früheren Kommandeure der Vereinigten Tadschikischen Opposition (UTO), wird bei einer Spezialoperation in der Nähe von Gharm zusammen mit sieben weiteren Personen getötet.
7.1.2011	Präsident Rachmon entlässt die Gouverneure vieler Bezirke und die Bürgermeister einer Reihe von Städten.
7.1.2011	Der Generaldirektor von Tojiktransgaz, Saidmahmad Scharofiddinow, teilt der Presse mit, dass Usbekistan Tadschikistan einen 33%igen Preisnachlass für Gaslieferungen gewährt habe.
8.1.2011	Der Redakteur von Asia-Plus, Schurchat Schodijew, wird zusammen mit anderen Passanten in Duschanbe auf der Straße festgenommen, weil er einen Bart hat.
10.1.2011	Der Chaburbat-Pass, eine der beiden Straßenverbindungen zwischen dem Autonomen Gebiet Berg-Badachschan und Duschanbe, wird – ungewöhnlich spät – wegen Schnee für den Verkehr geschlossen. Üblicherweise ist der Pass schon im November unpassierbar.
10.1.2011	Ferghana.ru meldet, dass in den vorangegangenen Tagen in Duschanbe zehn schon zu Sowjetzeiten bestehende Moscheen geschlossen wurden, weil sie ohne Genehmigung arbeiteten.
11.1.2011	Nach Angaben des Staatsanwaltes des Gebietes Sogd, Jusuf Rachmonow, wurden bislang im Zusammenhang mit dem Anschlag auf ein Verwaltungsgebäude in Chudschand im September 2010 48 Personen verhaftet.
12.1.2011	Die untere Kammer des Parlamentes ratifiziert nach lebhafter Debatte das Protokoll über die Demarkation der Staatsgrenze zu China, das einen noch aus der Zeit des Zarenreiches stammenden Grenzdisput beendet. Tadschikistan tritt 1.000 km ² seines Territoriums an China ab, das sind aber nur 3 % der insgesamt strittigen Fläche.
13.1.2011	Nach Angaben in einem Artikel der Times of Central Asia hat Tadschikistan seine Erdgasimporte von 650 Mio. m ³ 2007 auf 200 Mio. m ³ 2010 reduziert. Grund seien die gestiegenen Preise.
15.1.2011	Die ADB gibt die Fertigstellung einer 2006 zerstörten Brücke im Bezirk Rascht bekannt, durch die fast 50.000 Menschen wieder mit Märkten, Schulen usw. verbunden sind.
17.1.2011	Außenminister Hamrochon Zarifi trifft den Vertreter des Hohen Kommissars für Flüchtlingsfragen der UN in Tadschikistan, Jose Ramon Euceda Ucles, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit von UNHCR mit der Regierung.
17.1.2011	Nach Angaben der Agentur für Statistik betrug das BIP 2010 24,7 Mrd. Somoni (mehr als 5,6 Mrd. US-Dollar), das ist eine Steigerung von 6,5 % gegenüber dem Vorjahr.
18.1.2011	Nach Angaben der Agentur für Statistik war Russland auch 2010 Haupthandelspartner Tadschikistans. Der Handel stieg um 6,9 % auf ein Volumen von 959,9 Mio. US-Dollar, hat damit aber noch nicht wieder das Niveau der Vorkrisenzeit erreicht.
18.1.2011	Zwischen dem Landwirtschaftsministerium und der Regierung der Autonomen Region Xinjiang der VR China wird ein Vertrag über die Verpachtung von 2.000 ha Ackerland im Gebiet Chatlon geschlossen, auf dem Reis für den chinesischen Bedarf angebaut werden soll.
18.1.2011	Der in Tadschikistan bekannte Schlagersänger Mechrubon Rawschan beendet seine Sängerkarriere, weil das damit verbundene Leben nicht den Werten des Islam entspricht.
18.1.2010	Nahezu die gesamte Redaktion der russischsprachigen Zeitung Wetschernyj Duschanbe erklärt ihre Kündigung wegen unüberwindlicher Meinungsverschiedenheiten mit dem Eigentümer der Zeitung.
19.1.2011	Der Chef der Tadschikischen Eisenbahngesellschaft, Amonullo Hukumatullo, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass seinem Unternehmen durch die usbekische Blockade von Güterwagen Verluste in Höhe von 20 Mio. US-Dollar entstanden sind. Aktuell laufe die Abwicklung aber problemlos.
21.1.2011	Nach Angaben des Vorsitzenden der Nationalbank, Scharif Rahimsoda, haben tadschikische Arbeitsmigranten 2010 ca. 2,29 Mrd. US-Dollar vor allem aus Russland in ihre Heimat rücküberwiesen.

21.1.2011	Die ADB stellt 120 Mio. US-Dollar-Kredit für den Ausbau der Straßen von Duschanbe zur usbekischen Grenze zur Verfügung.
-----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Turkmenistan

18.12.2010	Das Mobilfunknetz des russischen Unternehmens MTC wird von turkmenischer Seite abgeschaltet. Rund die Hälfte der turkmenischen Bevölkerung verliert damit den Zugang zu Mobilfunkdienstleistungen, vor den Filialen des staatlichen Konkurrenzunternehmens Altyn Asyr bilden sich Hunderte Meter lange Schlangen.
21.12.2010	Die Führung von MTC fliegt nach Aschhabad, um die Probleme ihres Tochterunternehmens zu lösen. Am Abend wird bekannt, dass MTC mehrere Klagen gegen das turkmenische Kommunikationsministerium eingereicht hat.
22.12.2010	Ferghana.ru berichtet von einem zunehmenden neuen Führerkult um Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow.
23.12.2010	Das Außenministerium rechtfertigt in einer Erklärung das Vorgehen im Streit um die Einstellung der Aktivitäten von MTC mit lizenzrechtlichen Gründen.
31.12.2010	Präsident Berdymuchammedow, das Ministerkabinett, Vertreter von Verwaltungseinrichtungen, ausländische Diplomaten, Studenten und Schüler sowie Mitarbeiter von Betrieben nehmen an einem öffentlichen Lauf auf dem von Ex-Präsident Saparmurat Nijasow angelegten »Gesundheitspfad« teil.
5.1.2011	In Babarap, dem Heimatdorf Präsident Berdymuchammedows, wird ein Komplex mit Gesundheits- und Einkaufszentrum, Kindergarten und Kulturhaus eingeweiht.
7.1.2011	Die staatliche Fluggesellschaft Turkmenhovaellary bedient ab sofort einmal wöchentlich die Route Istanbul-Turkmenbaschy (Krasnowodsk).
10.1.2011	Bei einer Kabinettsitzung fordert Präsident Berdymuchammedow alle Minister auf, sich mit der Arbeit am Computer vertraut zu machen. Der Chef von Turkmenhovaellary, Batyr Kakalyjew, und der Gasgesellschaft Turkmengaz, Dowlet Mommajew, werden wegen mangelhafter Leistungen entlassen.
12.1.2011	Die Formalitäten im kleinen Grenzverkehr zwischen Turkmenistan und Usbekistan werden verschärft. Nach Usbekistan Ausreisende müssen von nun an Kopien der Pässe derjenigen Personen vorlegen, die sie besuchen wollen.
15.1.2011	Der Chef der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, und der Kommissar für Energiefragen, Günther Oettinger, treffen zu Gesprächen über die energiepolitische Zusammenarbeit in Aschhabad ein.
17.1.2011	Präsident Berdymuchammedow und sein usbekischer Amtskollege Islam Karimov versichern sich in einem Telefongespräch der guten Beziehungen zwischen beiden Staaten.
20.1.2011	Präsident Berdymuchammedow fordert das Parlament dazu auf, die Arbeit am Parteiengesetz zu beschleunigen.
21.1.2011	MTC hat nach eigenen Angaben ein Schreiben an die turkmenische Regierung gesandt, in dem es sie zu Verhandlungen aufruft.

Usbekistan

19.12.2010	In Bangkok befreit die thailändische Polizei 23 usbekische Staatsbürgerinnen, die von einem Menschenhändler in einer Wohnung im Rotlichtbezirk gefangen gehalten wurden.
20.12.2010	Zwischen Vertretern der Transportministerien von Usbekistan und Kasachstan wird ein Übereinkommen über eine zeitweise Wiederaufnahme der Abfertigung von Eisenbahnwaggons am Grenzkontrollpunkt Maktaaral bis 31.3.2011 erreicht.
22.12.2010	Die vier Menschenrechtler, die am 6.12. wegen einer Demonstration im Zentrum von Taschkent verhaftet und zu hohen Geldzahlungen verurteilt worden waren, finden keinen Rechtsanwalt, über den sie Revision einlegen könnten.
22.12.2010	Vertreter in Usbekistan tätiger russischer Firmen bilden in Taschkent einen inoffiziellen russischen Wirtschaftsclub.
22.12.2010	Der bekannte usbekische Schriftsteller Pirimkul Kadyrow stirbt im Alter von 82 Jahren.
23.12.2010	Minderjährigen ist der Besuch von Internetcafes zwischen 22 Uhr und 6 Uhr nur noch in Begleitung Erwachsener gestattet.
23.12.2010	Das Justizministerium verweigert dem Repräsentanten von Human Rights Watch (HRW), Steve Swerdlow, die Akkreditierung.

24.12.2010	Präsident Islam Karimow unterzeichnet ein Gesetz, nach dem die Verwendung der Staatssymbole für kommerzielle Zwecke und durch NGOs verboten wird.
25.12.2010	Die gesetzliche Regelung, nach der die Bürger Usbekistans beim Hören ihrer Nationalhymne die rechte Hand auf ihr Herz legen müssen, tritt in Kraft.
27.12.2010	CA-News berichtet von einer Pressekonferenz der deutschen Botschaft in Taschkent, auf der der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Staaten in den ersten neun Monaten des Jahres auf 400.000 US-Dollar beziffert wurde, davon entfallen 360.000 US-Dollar auf deutsche Exporte nach Usbekistan, 39.000 auf usbekische nach Deutschland.
28.12.2010	Nach Angaben der russischen Botschaft in Taschkent sind 2010 mehr als 3.000 usbekische Staatsbürger offiziell nach Russland umgesiedelt.
28.12.2010	Die Stiftung der Präsidententochter Gulnara Karimowa hat nach eigenen Angaben 2010 400 Projekte im Wert von 3,3 Mio. US-Dollar gefördert.
28.12.2010	Präsident Karimow ernennt den bisherigen Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen, Elyor Ganijew, zum Außenminister und den bisherigen Außenminister, Wladimir Norow, zum Stellvertreter. Galina Saidowa wird Außenwirtschaftsministerin.
30.12.2010	Der Schriftsteller und ehemalige Vorsitzende des usbekischen Journalistenverbandes Jamol Kamol erklärt, dass in der Forderung der Usbeken Kirgistans nach Autonomie nichts Unrechtes sei. Usbekistan sei in dieser Hinsicht beispielhaft für Toleranz, siehe Karakalpakstan.
31.12.2010	Nach Angaben der Gruppe der unabhängigen Menschenrechtsverteidiger starben 2010 in Usbekistan 39 Menschen durch Folter im Gefängnis.
1.1.2011	Für eine große Gruppe von Rentnern werden Vergünstigungen eingeschränkt.
1.1.2011	Die Treibstoffsteuer steigt um 30 Sum (2 Dollar-Cent) pro Liter. Auch eine Preiserhöhung für Alkohol, außer Bier, tritt in Kraft. Die Einzelhandelspreise für Wein und harte Alkoholika steigen durchschnittlich um 200 Sum (ca. 12 Dollar-Cent) pro Liter.
1.1.2011	In seiner Neujahrsbotschaft erklärt Präsident Karimow, dass das starke ökonomische Wachstum des Jahres 2010 eine gute Basis für Verbesserungen im Sozialbereich 2011 bilde.
3.1.2011	GM Usbekistan hat im Jahr 2010 mehr als 143.000 Autos produziert und verkauft. Spitzenreiter ist das Modell Daewoo Nexia.
3.1.2011	Der bekannte usbekische Historiker und Präsidentenkritiker Faisulla Ischakow ist im Alter von 74 Jahren gestorben, meldet RFE/RL.
4.1.2011	Eine usbekische Delegation unter Leitung des Senatsvorsitzenden Ilgisar Sobirow hält sich zum ersten usbekisch-japanischen Parlamentartreffen in Japan auf.
5.1.2011	Ein Vertreter der usbekischen Umweltbewegung erklärt vor Medienvertretern, dass der Bau des Roghun-Staudammes in Tadschikistan zu einer weiteren Verlandung des Aralsees und schweren Schäden bei Flora und Fauna am unteren Syr-Darja führen werde.
5.1.2011	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret, nach dem mit der Einführung der neuen biometrischen Pässe 2011 begonnen wird, 2015 soll sie abgeschlossen sein.
9.1.2011	Ferghana.ru meldet, dass die Stadt Margilan im Ferghana-Tal schon seit Dezember ohne Gasversorgung ist.
10.1.2011	Die russische Nachrichtenagentur Regnum meldet, dass Präsident Karimow die Reduzierung der Zahl der Staatsbediensteten um 10 % gebilligt habe.
10.1.2011	Der Generaldirektor der im Konkursverfahren befindlichen Tschkalow-Luftverkehrs-Werke in Taschkent, Utkir Sultanow, wird entlassen.
11.1.2011	Die in Frankreich ansässige Association for Human Rights in Central Asia protestiert gegen die Einladung von Präsident Karimow durch den Europarat nach Brüssel.
11.1.2011	Der erste große bekannte Supermarkt Taschkents in den 1990er Jahren, Demir, wird endgültig geschlossen. Beobachter vermuten, dass das türkische Unternehmen eine zu starke Konkurrenz für einen im letzten Jahr in der Nähe eröffneten einheimischen Supermarkt darstellte.
14.1.2011	Immer mehr Menschenrechtsgruppen protestieren gegen die Einladung Präsident Karimows nach Brüssel.
16.1.2011	Es wird bekannt, dass seit Anfang des Jahres kein Geldtransfer mehr von Usbekistan nach Kirgistan möglich ist.

17.1.2011	Die Regierung verabschiedet neue gesetzliche Regelungen, nach denen die Verantwortlichkeit von Notaren bei Verletzung ihrer Aufgaben verschärft wird.
17.1.2011	Im Nordosten Moskaus wird ein 22-jähriger usbekischer Staatsbürger tot aufgefunden. Die Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen wegen Mordes auf. Am gleichen Tag wird in Moskau die Festnahme von fünf Usbeken bekannt, denen Überfälle und Mord an mehreren Frauen vorgeworfen wird.
18.1.2011	Die Internationale Ulugbek-Schule in Taschkent, die seit 1995 gemeinsam von der türkischen Silm Corp. und dem usbekischen Außenministerium betrieben wurde, muss wegen bürokratischer Probleme und Schulden die Arbeit einstellen.
19.1.2011	Nach Angaben der WHO ist der Pro-Kopf-Alkohol Verbrauch in Usbekistan neben dem in Tadschikistan und der Türkei der niedrigste in Europa einschließlich des Gebietes der ehemaligen Sowjetunion.
20.1.2011	Aus Brüssel verlautet, dass die Initiative für die Einladung Präsident Karimows nicht von der EU, sondern von der NATO ausging.
20.1.2011	Russische Nachrichtenagenturen melden, dass ein usbekisches Gericht den russischen Staatsbürger Jurij Korepanow zu 16 Jahren Haft wegen Landesverrat und illegalem Grenzübertritt verurteilt hat. Korepanow war 2003 aus Usbekistan nach Russland übersiedelt und hatte zuvor beim usbekischen Militär gearbeitet.
21.1.2011	Auf einer gemeinsamen Sitzung von Präsident und Ministerkabinett werden die Wirtschaftsdaten 2010 erörtert. Das BIP wuchs um 8,5 %, die Inflationsrate betrug 7,3 %.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de